

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 2/2014



**Zur angemessenen Entschädigung**

**Unterdrückung in Vietnam**

**Zweimal gefangen in Sibirien**

**Aktuell**

- 3 Haftbuch Leistikowstraße  
Heimkinderfonds Ost gerettet  
Digitaler „stacheldraht“  
„BStU muß erhalten bleiben“  
Hilfsaktion für Gedenkstätte

**Recht**

- 4 Bundessozialgericht zur Opferrente

**Dokumentiert**

- 5 Täuschung

**Thema**

- 6 Zur angemessenen Entschädigung von SED-Opfern

**International**

- 8 Unterdrückung in Vietnam

**Geschichte**

- 10 Zweimal Sibirien, Teil 1

**Berichte**

- 12 „Individuelles Leid – gemeinsames Erinnern?“  
Authentischer Tagungsort
- 13 Neunundvierzig Namen

**Verbände**

- 14 Fünfeichen  
Bautzen-Forum  
Abschied  
Suchanzeigen
- 15 Spendenaufruf

**Service/Bücher**

- 16 Die Stasi und die NATO
- 17 Cottbus – das „Ausreisergefängnis“
- 19 Im Todeslager der Roten Khmer

**Service/Veranstaltungen**

- 17–19

**Umschlagbild**

Am Spreebogen hinter dem Paul-Löbe-Haus – in der Nähe von Bundeskanzleramt und Hauptbahnhof, einer der möglichen Standorte für ein zentrales Mahnmal für die Opfer des Kommunismus. Die Podiumsdiskussion zu diesem Thema findet am 26. März in Berlin statt (s. S. 12).  
Foto: Christian Sachse

# Freie Gesellschaft – fremde Welt?

Von Horst Schüler

Er war so Anfang zwanzig, Student, fünftes Semester, weiß Gott ein netter, intelligenter Junge, doch was im Juni 53 in Deutschland geschah – keine Ahnung. Prager Frühling? Nie davon gehört und von Chruschtschows Geheimrede auf dem 20. Parteitag der KPdSU natürlich auch nicht. KPdSU, welch wunderliches Kürzel, und überhaupt schien er wenig interessiert an Dingen, die Jahrzehnte zurück liegen. Er, so ließ er mich wissen, er und seine Generation hätten andere Sorgen. Welche Rente sie einmal beziehen würden, und wie es mit der Klima- veränderung weiter gehe und mit der technischen Revolution – mit Internet, Computern, Robotern –, die ihre Arbeitswelt immer stärker verändere. Und selten ist mir so klar geworden, daß wir mit unserer Vergangenheit in Gefängnissen und Lagern und mit all den schrecklichen Dingen, die unser Leben geprägt haben, daß wir damit so ziemlich allein stehen. Wir möchten so gern, daß alle Welt sich dafür interessiert und unsere Forderungen unterstützt, und das wäre ja auch notwendig. Aber machen wir uns nichts vor: In Sonntags-Reden werden sie uns weiterhin preisen, doch dabei wird's denn auch bleiben. Die Zukunft mit ihren gewaltigen ungelösten Problemen läßt kaum noch Raum für die Erfahrungen der Vergangenheit.

Nun gut. Was wir wollten, eine freie Gesellschaft, den demokratischen Rechtsstaat, ein vereintes Deutschland – erreicht, seit langem erreicht. Daß wir dennoch oft staunend die Welt nicht mehr verstehen, sie uns fremd ist – ich denke, es sind nicht so sehr die ungeheuren technischen, medizinischen, wissenschaftlichen Fortschritte, es liegt wohl eher daran, daß wir alt geworden sind und in den jungen und mittleren Jahren unseres Lebens andere Wertvorstellungen hatten. Damit meine ich nicht Anstandsregeln, die heute belächelt werden, ich meine nicht den Respekt anderen gegenüber, und ich meine auch nicht Geschmacksverirrungen à la Dschungelcamp, Tätowierungen oder Gossensprache. Es sind

vielmehr soziale Revolutionen. Da ist zum einen der Feminismus, der das Leben der Frau in unserer Gesellschaft entscheidend verändert hat und weiter verändert. Dem ist ohne Wenn und Aber zuzustimmen, wengleich nicht übersehen werden darf, daß diese Veränderungen auch ihren Einfluß auf das familiäre Leben haben.

Sehr viel kritischer dagegen ist ein anderer Schnitt in unserem gesellschaftlichen Leben zu bewerten, den wir gemeinhin „sexuelle Freizügigkeit“ nennen. Sie setzte ein, als von der Pharmazie die Pille auf den Markt geworfen wurde und damit die Angst verflog, die früher oft das sexuelle Beisammensein beherrschte. Im Gefolge dessen allerdings tobt sich Sexualität ungebremst aus, manchmal reizvoll, oft jedoch grotesk bis widerlich. Kaum noch ein Theater, Film oder Fernsehstück, das auf sexuelle Darstellungen jeglicher Art verzichtet, Kontaktanzeigen selbst in seriösen Medien, Mode, die nichts mehr verhüllt, Autoren schildern ihre eigenen sexuellen Erlebnisse, Künstler greifen sich provozierend in den Schritt. Ratgeber offerieren die ihrer Meinung nach besseren Sex-Stellungen, in einem namhaften Magazin äußerte sich eine Journalistin kürzlich ausführlich über ihre Ejakulations-Erfahrungen und so weiter und so fort. Und dies geschieht vor aller Augen und Ohren, Kinder und Jugendliche inbegriffen. Dabei passiert auch schon mal Merkwürdiges. So wurden in einer Berliner Zeitung öffentliche sexuelle Darstellungen kritisiert. Sie hätten einen schlechten Einfluß auf Kinder, hieß es. Und gehörten verboten. Doch der Schreiber muß mit dieser Meinung in seiner Redaktion ziemlich allein stehen, denn nur ein paar Seiten weiter in selbiger Zeitung wurde das Foto einer jungen Dame veröffentlicht, die sich breitbeinig mit einem Vibrator amüsierte.

Mag ja sein, daß manche meinen, solch sexuelle Freizügigkeit gehöre eben auch zu einer freien Gesellschaft. Na klar, Freiheit ist halt ein weit auszulegender Begriff – ungeschützt leider auch vor Mißbrauch. 

## Haftbuch Leistikowstraße

(sbg) Ende vergangenen Jahres wurde in der Gedenkstätte Leistikowstraße ein digitales Haftbuch mit zunächst ca. 420 Namen von deutschen und sowjetischen Häftlingen des zentralen Untersuchungsgefängnisses der sowjetischen Spionageabwehr präsentiert. An einer Medienstation können Besucher im Haftbuch recherchieren und Informationen zu einzelnen Häftlingen aufrufen. Das digitale Haftbuch befindet sich in einem neu eingerichteten „Raum der Stille“,

wo Besucher außerdem in einem offenen Archiv Erinnerungsberichte ehemaliger Häftlinge lesen können. Bisher sei völlig unbekannt, wie viele Menschen der sowjetische Geheimdienst in der Leistikowstraße einsperrte, sagte Gedenkstättenleiterin Dr. Ines Reich.

Neben persönlichen Angaben zu Namen, Geburtsdatum und -ort sowie dem letzten bekannten Wohnsitz, enthält das Haftbuch weitere Informationen zur Haft,

zum Strafmaß, zur Entlassung, Rehabilitation und bei zum Tode Verurteilten zum Datum der Hinrichtung. Aufgrund der dennoch lückenhaften Quellenlage konnten nicht zu allen Personen die Daten durch zusätzliche Quellen geprüft oder ergänzt werden. Die Gedenkstätte ist daher an Hinweisen auf bisher unbekanntes Haftschicksale sehr interessiert und bittet Angehörige um Unterstützung bei der Vervollständigung des Haftbuches. 

## Heimkinderfonds Ost gerettet

(dt) Am 25. Februar haben sich Bund und Länder geeinigt, den Hilfsfonds für ehemalige DDR-Heimkinder von 40 Millionen auf 200 Millionen Euro aufzustocken, denn die Mittel waren bereits lange vor Ende der Anmeldefrist ausgeschöpft. Eine pauschale Entschädigung, die der Bund vorgeschlagen hatte, wurde von den Ländern abgelehnt. Das heißt, es wird bei der möglichen Summe von 10.000 Euro Sachleistungen pro Person

bleiben. Wer Geld aus dem Fonds erhalten möchte, muß dies **bis spätestens 30. September 2014** anmelden. Ein detaillierter Antrag könne auch später gestellt werden, sagte Ralf Kleindiek, Staatssekretär im Bundesfamilienministerium.

Die Thüringer FDP-Landtagsfraktion kritisierte die Einführung der neuen Frist. „Wem eine Entschädigung zusteht, der soll sie auch bekommen.“ 

## Digitaler „stacheldraht“

Um Druck- und vor allem Portokosten zu sparen, soll die Zeitschrift „der stacheldraht“ noch in diesem Jahr als pdf-Dokument Online angeboten werden.

Abonnenten, die von diesem Angebot Gebrauch machen und auf die Papierausgabe verzichten würden, bitten wir um eine kurze Mitteilung per E-Mail an: [der-stacheldraht@web.de](mailto:der-stacheldraht@web.de)

Die Redaktion

## „BStU muß erhalten bleiben“

(uokg) Anlässlich des 24. Jahrestages der Erstürmung der Stasi-Zentrale am 15. Januar 2014 hat sich Rainer Wagner, Vorsitzender des Dachverbandes UOKG, erneut zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen geäußert. „Solange noch Opfer der Diktatur leben, muß die BStU erhalten bleiben. Die Stasiunterlagen-Behörde ist die Behörde der Opfer. Sie ist ein Leuchtturm der Aufarbeitung und ein

Symbol für den Sieg der Freiheit über die Diktatur. Eine Schließung im Jahr 2019 wäre ein fatales Signal an alle Geschichtsklitterer und Ewiggestrigen. Sie hätten damit endlich ihren Schlußstrich, den sie am liebsten schon 1990 gezogen hätten.“

Auch die angeführten Argumente für eine Überführung in das Bundesarchiv überzeugten Wagner nicht: „Zeithistorische

Aufarbeitung und politische Bildung kann auch das Bundesarchiv leisten. Das ist aber nicht der entscheidende Punkt. Denn die BStU leistet in erster Linie einen Dienst an den Opfern. Es geht hier um das Recht auf Akteneinsicht und damit um das Recht der Opfer, ihr Schicksal aufzuklären zu können. Eine Überführung in das Bundesarchiv würde dieses Recht garantiert beeinträchtigen.“ 

## Hilfsaktion für Gedenkstätte

(mzc) „96 Stunden“ ist eine Aktion des Rundfunks Berlin Brandenburg (rbb), bei der in Not geratenen Vereinen geholfen wird. Helfer sind dabei Fernsehzuschauer und Radiohörer. **Vom 7. bis zum 11. April 2014** wird diese Aktion in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus stattfinden. Es sollen Arbeits- und Seminarräume für die Bildungsarbeit der Gedenkstätte hergerichtet werden, die nach der Teilsanierung des Hafthauses 1 noch fehlen. Dafür soll das 1. Obergeschoß (ca. 400 qm) komplett saniert werden. Die Fördermittel, die der Trägerverein Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. erhielt, hatten nicht ausgereicht, um das gesamte Hafthaus zu sanieren.

Alles wird benötigt, vor allem freiwillige Helfer. Laien, aber auch Fachleute werden sich zum gemeinsamen Arbeiten treffen. Da die Sanierung innerhalb von 96 Stunden (vier Tagen) beendet sein soll, muß auch nachts gearbeitet werden. Dies alles wird fachmännisch von einem Architekten begleitet.

Die Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus ist ein ungewöhnliches Projekt in der Erinnerungslandschaft Deutschlands, weil ehemalige politische Häftlinge ihr Gefängnis gekauft haben, um aus diesem Unrechtsort eine Gedenk-, Bildungs- und Begegnungsstätte zu schaffen. Sie lebt bereits vom bürgerschaftlichen Engagement vieler. Interes-

sierte Firmen können eine genaue Beschreibung für die einzelnen Leistungen erhalten. Einzelne Helfer melden sich bitte bei der Gedenkstättenleiterin. Helfer und Sponsoren werden im Rahmen der Aktion „96 Stunden“ im rbb-Fernsehen in der Sendung „zibb – zuhause in Berlin&Brandenburg“, im rbb-Hörfunk und auf der Internet-Seite des Senders als Unterstützer vorgestellt.

Weitere Informationen: Sylvia Wähling, Geschäftsführende Vorsitzende d. Menschenrechtszentrums Cottbus e.V. u. Leiterin der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus, Bautzener Str. 140, 03050 Cottbus, Tel. (03 55) 29 01 33-0, E-Mail [sylvia.waehling@menschenrechtszentrum-cottbus.de](mailto:sylvia.waehling@menschenrechtszentrum-cottbus.de) 

# Bundessozialgericht zur Opferrente

## Privilegierung der Opferrente ähnlich der Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)

In zwei Verfahren stritten die Beteiligten darüber, ob die Besondere Zuwendung für Haftopfer (Opferrente) nach § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StRehaG) bei der Bemessung der Beiträge zur freiwilligen Krankenversicherung bzw. der Berechnung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), die aufgrund einer Auffangversicherung zu zahlen sind, berücksichtigt werden darf. Auf Letztgenannte wird nicht näher eingegangen, weil es sich um einen Ausnahmefall handelt und das Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) ähnlich ausfiel. Nach bisheriger Regelung bleiben für Pflichtversicherte Kapitalentschädigung und Opferrente nach dem StRehaG sowie Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz bei Sozialleistungen, deren Gewährung von anderen Einkommen abhängig ist, unberücksichtigt und zählen nicht zu den Einnahmen zum Lebensunterhalt. Diese Leistungen sind demnach für Pflichtversicherte nicht beitragspflichtig und dürfen nicht in Anrechnung gebracht werden. Einnahmen bzw. Einkommen, die der Rente vergleichbar sind, werden allerdings angerechnet. Dies ist immer dann der Fall, wenn diese Einnahmen eine Einkommensersatzfunktion haben, wie z.B. Berufsschadensausgleich. Ausgenommen von dieser Regelung waren u.a. Mitglieder der Auffangversicherung.

Anders war bisher die Rechtslage bei freiwillig Pflichtversicherten. Die Spitzenverbände der Krankenkassen trafen ihre Entscheidung hinsichtlich der Anrechnung der Opferrente in enger Auslegung des Gesetzes. Maßgeblich für die Entschei-

dingsfindung war § 240 SGB V, wonach die Beitragsbemessung für freiwillig versicherte Mitglieder in der Satzung der jeweiligen Krankenkasse zu regeln war unter Berücksichtigung der Sicherstellung, daß die Beitragsbelastung die gesamte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des einzelnen umfaßt. Das heißt, diese wird ausschließlich von den Einnahmen bestimmt. Weil es wegen der Vielzahl unterschiedlicher Einkunftsarten nicht möglich war, alle aufzuzählen, verwendeten die Krankenkassen generalklauselartige Regelungen in ihren Satzungen und sicherten auf diese Weise, daß bei der Beitragsbemessung sämtliche Einnahmen und Geldmittel zugrunde gelegt wurden, die das Mitglied zum Lebensunterhalt verbraucht oder verbrauchen könnte, ohne Rücksicht auf deren steuerliche Behandlung. Die Spitzenverbände vertraten die Auffassung, daß die Opferrente den beitragspflichtigen Einnahmen im Rahmen des § 240 SGB V zuzurechnen sei, da es sich bei diesen um eine regelmäßig wiederkehrende Geldleistung handle, die zum Lebensunterhalt verbraucht werden könne und damit einen unmittelbaren Einfluß auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Mitglieds habe. Im Unterschied zur Grundrente nach dem BVG käme der Opferrente keine Sonderstellung zu, die es rechtfertigen würde, sie nicht als beitragspflichtige Einnahme zu sehen, weil bei ihr nicht die ideelle, sondern die materielle Komponente in Form der Bedürftigkeit im Vordergrund stünde. Im übrigen sei sie anders als die Grundrente nach § 31 BVG nicht vom gesamten Rechtssystem privilegiert. Seit dem 1. Januar 2009 wurde die Beitragsbemessung für freiwillige Mitglieder der GKV nicht mehr durch die Satzung der jeweiligen Krankenkasse geregelt, sondern einheitlich durch den Spitzenverband Bund der Krankenkassen mit gleichen Prämissen.

Die bisher vertretene Rechtsauffassung wurde mit den Urteilen des BSG (Az B12 KR 22/11 R und B12 KR 27/12 R) gekippt. Das Gericht vertritt die Meinung, daß, auch wenn § 240 SGB V an die gesamte Leistungsfähigkeit des Mitglieds angeknüpft ist, dies nicht zwangsläufig bedeutet, daß sämtliche Sozialleistungen mit einer besonderen Zweckbestimmung bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise wegen ihrer bloßen Eignung zur Bestrei-

tung des Lebensunterhalts beitragspflichtig sei. Ob Leistungen der Bestreitung des Lebensunterhalts zugeordnet werden können oder ob sie Leistungen vergleichbar sind, für die das BSG in seiner Rechtsprechung bereits die eigenständige Zweckbestimmung außerhalb des allgemeinen Lebensunterhalts festgestellt hat, ist für eine richtige Entscheidungsfindung Voraussetzung. Es wird des weiteren festgestellt, daß in Anwendung dieser Grundsätze die Opferrente nicht der Beitragspflicht nach § 240 SGB V unterliegt.

„Sie prägt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Versicherten nicht mit. Ihre bloße Eignung, auch zum Bestreiten des allgemeinen Lebensunterhalts verwendet werden zu können, reicht nicht aus, weil die Erfüllung des mit ihr verfolgten Zwecks nicht mehr gewährleistet wäre, wenn dem Betroffenen die Leistung nicht ungekürzt zur Verfügung stünde. [...] Der Opferrente liegt auch der für das soziale Entschädigungsrecht charakteristische Gedanke zugrunde, daß der Betroffene ein von der Allgemeinheit mit ausgleichendes Sonderopfer erlitten hat.“ In diesem Sinne weist die Opferrente eine Nähe zur Beschädigtengrundrente nach dem BVG auf, die als Basisleistung des sozialen Entschädigungsrechts von der Beitragspflicht ausgenommen ist.

Zusammenfassend ist zu bemerken, daß für freiwillig Pflichtversicherte (gilt auch für Mitglieder der Auffangversicherung) die Opferrente nicht der Beitragspflicht nach § 240 SGB V unterliegt, und in erster Linie Nachteile ausgleichen soll, die einem strafrechtlich Rehabilitierten durch eine Freiheitsentziehung entstanden sind. Ebenso spielt sie bei der Ermittlung der Belastungsgrenzen bei Zuzahlung in der GKV keine Rolle. Das heißt, sie ist nicht den Bruttoeinnahmen zum Lebensunterhalt nach § 62 Abs. 1 u. 2 zuzuordnen, auch wenn sie im Gesetz nicht ausdrücklich als Ausnahme deklariert ist. Eine umfangreiche Darstellung der Sachverhalte ist wegen der in den Urteilen abgehandelten komplizierten Rechtsverhältnisse leider nicht angebracht. Nähere Einzelheiten können erfragt werden unter Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin  
BSV Förderverein für Beratung

### Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Gandersheimer Kreisblatt...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter [uokg-wochenrueckblick@gmx.de](mailto:uokg-wochenrueckblick@gmx.de).

# Täuschung

„Ziel der Handlungen war es, Diskussionen unter der Bevölkerung über die Unwirksamkeit der Minensperre entgegenzuwirken.“

XII. 20. 7. 1. 6

BStU  
000121

Hauptabteilung I Berlin, 27. September 1969  
Tgb.Nr.: VK- 483 / 69 A

Abt. Agitation  
Gen. Oberst Halle

B e r l i n

Notiz in der "Bild"-Zeitung vom 26. 9. 1969, S. 16 -  
"Flucht mißlungen"

Am 24. 9. 1969 wurden in der Zeit von 20.00 bis 21.00 Uhr in der 5. Grenzkompagnie, GR 6, durch Angehörige dieser Einheit im Grenzabschnitt Täuschungshandlungen hinsichtlich der Wirksamkeit der Minensperre durchgeführt.

Diese Handlungen beinhalteten:

- die Detonation von zwei Knallkörpern (Imitationsmittel) als Mittel zur Darstellung einer Minendetonation
- Hilferufe
- den Einsatz einer Alarmglocke
- imitierte Handlungen zur Bergung

Handlungen des Gegners einschließlich von Zivilpersonen wurden in diesem Zeitraum nicht beobachtet. Im gewählten Abschnitt sind die Einsichtsmöglichkeiten ungünstig.

Beteiligt waren an den Handlungen

5 Offiziere und  
1 Soldat mit einem Sankra

sowie zur Sicherung eine Alarmgruppe mit

1 Unteroffizier und  
5 Soldaten

Geleitet wurde diese Aktion durch einen Offizier vom Stab des Grenzregiments 6. Die Handlungen waren auf der Grundlage eines Planes durch den Kommandeur des GR 6 befohlen. Ziel der Handlungen war es, Diskussionen unter der Bevölkerung über die Unwirksamkeit der Minensperre entgegenzuwirken.

Stellv. d. Leiters d. HA I  
*Harnisch*  
Harnisch  
Oberstleutnant

# Zur angemessenen Entschädigung von SED-Opfern

Brief von Dr. med. Kerstin Schön, Fachärztin für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie, an Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundes-, Landespolitiker und andere Entscheidungsträger

[...] Laut der UN-Antifolterkonvention ist jede Handlung als Folter zu werten, bei der Träger staatlicher Gewalt einer Person vorsätzlich starke körperliche oder geistig-seelische Schmerzen oder Leiden zufügen, zufügen lassen oder dulden, um Aussagen zu erpressen, einzuschüchtern oder zu bestrafen. Die politische Haft in der DDR ist zweifelsfrei Folter gewesen und als solche auch zu werten. Daraus ergab sich für mich die Notwendigkeit aus psychiatrisch-psychotherapeutischer Sicht Stellung zu beziehen. Es ist davon auszugehen, daß vermutlich alle politisch Inhaftierten – ungeachtet der Länge ihrer Haftzeit – infolge der zersetzungs- und haftbedingten Traumata nach der damaligen Nomenklatur **schwerste haft-traumatisch ausgelöste sekundäre Persönlichkeitsstörungen ängstlich-depressiver Prägung** mit ausgeprägten Abspaltungs- und Verdrängungsmechanismen (als Über-Lebens-Mittel) erlitten haben und deshalb rückblickend meist schon während der Haft als erwerbsunfähig einzuschätzen gewesen sind – mit 100 % Minderung ihrer Erwerbsfähigkeit.

Der Schlüssel zur weiteren Traumatisierung aller politisch Gefangenen war die erzwungene Schweigeverpflichtung

„In dieser wochenlangen Isolationshaft verlor ich jegliches Zeitgefühl. Ich war voller Angst und Panik, Einsamkeit, Verzweiflung, Mutlosigkeit, Niedergeschlagenheit, litt an Schlafstörungen, an Alpträumen und Selbstmordgedanken. Unter diesen Umständen stellten sich bei mir erstmals Rückenschmerzen ein, die im Laufe der Zeit immer heftiger wurden.“

Die Zelle wurde beständig überwacht: beim Waschen, auf der Toilette, und nachts wurde alle zehn Minuten das Licht eingeschaltet, um zu kontrollieren, ob Gesicht und Hände sichtbar waren – so wie es allen Häftlingen durch die Haftordnung vorgeschrieben wurde.

Die hygienischen Bedingungen waren schlecht: Hygieneartikel für Frauen mußten vom Wachpersonal erbettelt werden, die Wäsche konnte nur einmal in der Woche gewechselt werden. Wenn ich mich in der Zelle wusch oder die Toilette benutzte, wurde ich immer wieder beobachtet und konnte oft hören, wie jemand vom Wachpersonal vor meiner Zelle dabei masturbierte, was in mir Angst vor sexuellen Übergriffen auslöste.“

Ehrentraud F., in der DDR wegen versuchter Republikflucht politisch inhaftiert

bezüglich der Haft, die sie zwang, über diese ihnen staatlich zugefügte Folter zu schweigen oder erneut inhaftiert zu werden. Dies führte absichtsvoll zur Vorenthaltung angemessener Heilbehandlung, um jeglichen Widerstand ehemals politischer Gefangener dauerhaft zu brechen. Die meisten politischen Gefangenen waren nach der Haft durch das MfS in der DDR der „Zersetzung“ unterworfen: durch Verleumdung, Wohnungsüberwachung, soziale Isolation und gezielte berufliche Benachteiligung sowie Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit durch Bewährungsaufgaben und PM 12. Auf Grundlage der operativen Psychologie war Zersetzung das Werkzeug des MfS, um politische Gegner in ihrem persönlichen Lebensumfeld psycho-sozial zu zerstören.

Doch auch nach 1990 – im geeinten Deutschland – wurden die haft- und zersetzungsbedingten gesundheitlichen Folgen ehemals politisch Inhaftierter in der DDR ärztlicherseits entweder gar nicht oder nicht in dem gegebenen Ausmaß wahrgenommen und angemessen bewertet. [...] Rückblickend ist die Situation ehemals politisch Gefangener der DDR aus psychiatrischer Sicht wie folgt diagnostisch einzuschätzen:

1. Die Inhaftierung verursachte eine akute psychophysische Schockreaktion mit schwersten Angst- und Panikattacken.
2. Die Haft bewirkte eine schwerste haft-traumatisch ausgelöste sekundäre Persönlichkeitsstörung ängstlich-depressiver Prägung mit undulierend akuter bzw. subakuter, später latenter Suizidalität und heftiger Somatisierung der erlittenen psychischen Traumata, die weitestgehend abgespalten und verdrängt werden mußten.
3. Die angeordnete „Zersetzung“ nach der Haft führte zu Retraumatisierungen dieser vorliegenden schwersten chronifizierten haft-traumatisch bedingten sekundären Persönlichkeitsstörung ängstlich-depressiver Prägung mit latenter Suizidalität und chronifizierter Somatisierung der abgespaltenen und verdrängten haftbedingten Traumata.

4. Die unzureichende Wiedergutmachung der Haftfolgeschäden im geeinten Deutschland ab 1990 führte dann zu weiteren Retraumatisierungen der schwersten chronifizierten haft-traumatisch bedingten sekundären Persönlichkeitsstörung ängstlich-depressiver Prägung mit intermittierend latenter Suizidalität und chronifizierter Somatisierung der abgespaltenen und verdrängten Traumata.

Nach der neuen Nomenklatur läßt sich der psycho-physische Zustand politisch Gefangener in der DDR diagnostisch eindeutig einordnen als: **Andauernde Persönlichkeitsänderung nach Extrembelastung durch Folter (F62.0)**. Diese Störung ist gekennzeichnet durch eine mißtrauische Haltung der Welt gegenüber, durch sozialen Rückzug, Gefühle der Leere oder Hoffnungslosigkeit, ein chronisches Gefühl der Anspannung wie bei ständigem Bedrohtsein und Entfremdungsgefühl. Hinzu kommt eine schwere chronifizierte Somatisierung der abgespaltenen und verdrängten Traumata. In den MfS-Untersuchungshaftanstalten war physische und psychische Mißhandlung die Regel – politisch Inhaftierte wurden nicht wie Menschen, sondern wie Feinde behandelt. Zu den üblichen Foltermethoden gehörten: Einzelhaft, Verhöre, Bedrohung, Entwürdigung, Bewegungsentzug, Schlafentzug, Isolierung, Informationssperre, Mangelernährung, Vorenthaltung medizinischer Betreuung und vieles andere mehr. Politische Gefangene wurden in der DDR im Strafvollzug kriminalisiert und vorsätzlich schlechter behandelt als kriminelle Gefangene. Folgen der politischen Haft sind neben den beschriebenen Erkrankungen gravierende berufliche Nachteile aufgrund der durch die Haft und die Zersetzung versäumten, vorenthaltenen oder mangelhaften Ausbildung sowie der haftbedingt erheblich eingeschränkten psychophysischen Belastbarkeit.[...] Ungefähr 280 000 Menschen litten unter politischer Haft, Zersetzung, Ausweisung, Zwangsumsiedelung durch SED-Willkür, und ungefähr 750 000 Angehörige dieser Opfer waren mitbetroffen. **Auf der Grundlage von Menschlichkeit und Gerechtigkeit braucht es:**

1. Die grundsätzliche Anerkennung des Vorliegens der Erwerbsunfähigkeit infolge der Folter durch Haft für alle in der DDR politisch Inhaftierten sowie die folgerichtige Gewährung einer Erwerbsunfähigkeits-Rente wegen 100 % Minderung der Erwerbsfähigkeit – solange es medizinisch notwendig ist.
2. Die grundsätzliche Anerkennung aller verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden auf der Annahme der suchungshaft waren darauf angelegt, gezielt den Willen der Inhaftierten zu brechen.)
7. Die nachträgliche Entschädigung der erlittenen Folter durch politische Haft mit mindestens 1000 Euro für jeden Haftmonat.
8. Die Einführung einer regulären einkommensunabhängigen „Ehrenpension“ in Höhe von mindestens 500 Euro für alle Zersetzungsoffer der SED-Gewaltherrschaft.

„Wegen der zunehmenden körperlichen Beschwerden (starke Rückenschmerzen, Schulterschmerzen, Kopfschmerzen, Magenbeschwerden und geschwollene Beine) wurde ich – nach tagelangem Warten – einem Haftarzt vorgestellt, der mir feindselig und verachtend gegenübertrat und mir lediglich eine halbe Stunde Liegeerlaubnis pro Tag erteilte, verbunden mit dem knappen Hinweis, daß solche Lappalien wie die meinigen keiner ärztlichen Behandlung bedürften. (Sich ohne Genehmigung tagsüber auf das Bett zu legen, war verboten, und es dennoch von sich aus zu tun, wäre mit verschärftem Arrest bestraft worden.)“

Ehrentraud F.

Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhangs zwischen dem gesundheitlichen Schaden und der Verfolgung (wie für die Opfer des Nationalsozialismus) und auf der Grundlage der Beweislastumkehr.

3. Die Bereitstellung geeigneter und fundierter Traumatherapien im Lebensumfeld der SED-Opfer.
4. Die grundsätzliche Anerkennung, Entschädigung und Rehabilitierung aller verfolgungsbedingten beruflichen Benachteiligungen auf der Grundlage der Annahme der Wahrscheinlichkeit.
5. Die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung aller Opfer der SED-Gewaltherrschaft – einschließlich bisher nicht oder unzureichend berücksichtigter Opfergruppen: Zersetzungsoffer, zwangsdeportierte Frauen, Zwangsausgesiedelte, Zwangsadoptierte ...
6. Die Einführung einer regulären einkommensunabhängigen „Ehrenpension“ in Höhe von mindestens 1000 Euro monatlich für alle in der DDR politisch Inhaftierten unabhängig der Haftdauer anstatt der bisherigen „Opferrente“. (Denn besonders die ersten Tage, Wochen und Monate in Unter-

und/oder verwaltungsrechtlichen und gerichtlichen Retraumatisierungen ausgesetzt. Ihr Alltag ist geprägt vom existentiellen Überleben der durch die Haft verursachten psychophysischen Gesundheitsschäden, für die es noch heute an einer angemessenen Entschädigung und Wiedergutmachung fehlt.

Die SED-Opfer kämpften für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde – sie waren Wegbereitende der friedlichen Revolution in der DDR, die der SED-Gewaltherrschaft 1989 ein Ende bereitete. Sie alle haben ein Anrecht auf umfassende Wiedergutmachung. Im Artikel 17 des Einigungsvertrages von 1990 zwischen der Bundesrepublik und der DDR wurde den Opfern politischer Strafverfolgung unter der SED-Gewaltherrschaft mit der Rehabilitierung eine **angemessene Entschädigung** zugesagt, die 25 Jahre nach der friedlichen Revolution noch immer aussteht. Diese zugesagte angemessene Entschädigung für die SED-Opfer ist längst überfällig und nicht noch länger aufschiebbar. Viele von ihnen leben infolge der ihnen zugefügten Traumatisierungen an der Armutsgrenze, während ehemaligen SED-Funktionären durchaus üppige Renten entsprechend ihrem DDR-Verdienst gewährt werden. Taten reden lauter als Worte.

## Bürgerberatung

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:  
(0 30) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr

Freitag 8.00–14.00 Uhr

Dieser offensichtliche Mangel an Menschlichkeit und Gerechtigkeit ist eine menschliche, eine gesellschaftliche, eine politische und eine moralische Schande für das deutsche Volk, für Deutschland. Die angemessene Entschädigung und Wiedergutmachung sollte im Verursacherprinzip gründen und durch das ehemalige Vermögen der SED sowie der Blockparteien und Massenorganisationen der DDR finanziert werden. Die größte Herausforderung in der Aufarbeitung des DDR-Unrechts sind die individuelle und die kollektive Abspaltung und Verdrängung der eigenen Verantwortlichkeit in der SED-Gewaltherrschaft. Um dies gemeinsam aufzulösen und die daraus zu gewinnenden Einsichten ins gesellschaftliche Bewußtsein zu heben, bedarf es offener und wahrhaftiger Aussprachen über die verschiedenen individuellen Lebenswirklichkeiten in der DDR auch als Grundlage einer umfassenden Forschung zur Psychopathologie der SED-Diktatur und ihrer Folgen für das Leben der einzelnen und für die Gesellschaft. [...]

(Der Brief ist auch nachzulesen auf <http://www.sedopfer.blogspot.de/>, ein Briefraster für Betroffene ermöglicht die Beteiligung.)

„Seit der Haft ist mein Alltag geprägt und bestimmt von dem Bemühen, trotz aller sich mit den Jahren verschlechternden Beschwerden zurechtzukommen. Wöchentlich muß ich ungefähr 15 Stunden für verschiedene ambulante Heilbehandlungen infolge der haftbedingten Krankheiten aufwenden, die monatlich durchschnittlich 200 Euro kosten. Dies ist mehr Überleben als Leben... Nach 1998 eröffnete ein Gutachter das Gespräch mit der Frage an mich: ‚Sie wissen schon, daß Sie ein Verbrechen begangen haben?‘... Eine Richterin aber, die zum Kernthema meiner Klage nur flapsig bemerkt, ‚Es ist wurscht!‘, empfinde ich als unerhörte Mißachtung und Menschenrechtsverletzung.“

Ehrentraud F.

# Unterdrückung in Vietnam

Der Fall des Schriftstellers Huynh Ngoc Tuan

Von Chan Minh

Das kleine Haus befindet sich in einer schmalen Straße in Phu Quy, einer etwas abseits gelegenen Ansiedlung des Dorfes Tam Phu, etwa zwei Meilen nördlich der Stadt Tam Ky. Es ist eines der



Huynh Ngoc Tuan, Schriftsteller.

kleinsten Häuser in diesem stolzen, wenn auch nicht so wohlhabenden Teil der Küstenregion in Zentralvietnam. Es hat gerade zwei kleine, spärlich möblierte Zimmer, jeweils drei Meter mal drei Meter.

In dieses kleine Haus schwärmten am 8. Novem-

ber 2011 um acht Uhr morgens fünfzig uniformierte Angehörige, Männer und Frauen, der Public Security Forces (PSF) und des Information & Communications Department (PICD) der Provinz Quang Nam der Sozialistischen Republik Vietnam. Sie drangen überall ein, in jeden Winkel des Hauses. Gleichzeitig riegelten fünfzig weitere das nördliche Ende der Straße, die zum kleinen Haus führt, weitere fünfzig deren südliches Ende ab, und noch einmal fünfzig besetzten Positionen rund um das kleine Haus, wobei sie ungeniert in die benachbarten Grundstücke eindrangten.

Insgesamt hatten sich so rund 200 Mitglieder der PSF und des PICD im und um das Häuschen versammelt. Keiner von ihnen verlor ein Lächeln, während sie ihrer Tätigkeit nachgingen. Einer filmte das Geschehen von Anfang bis Ende. Sie hatten ein so enges Netz geschaffen, daß selbst, wie das Sprichwort sagt, eine winzige Feldmaus nicht hätte entkommen können. Aber das war es, was diese Männer

und Frauen der PSF wollten. Sie arbeiten für den Staatssicherheitsdienst, bekommen wichtige Aufgaben übertragen und handeln getreu dem Motto: „Die Partei sichert unsere Existenz“. Ihre Aufgabe war eindeutig: auf Grund eines Durchsuchungsbefehls so viel Beweise wie nötig gegen die Bewohner des kleinen Hauses zu sammeln und sicherzustellen, um später ein Verfahren durchführen zu können, um den Staat vor „reaktionären“ Ideen zu schützen, die die „nationale Einheit untergraben könnten“. (Tuoi Tre News, 10.11.2011)

Wer sind nun eigentlich die Bewohner des kleinen Hauses, deren Ideen der Staat so fürchtet? Es ist Huynh Ngoc Tuan, ein physisch nicht sehr kräftig erscheinender Witwer von 58 Jahren, ein bekannter Schriftsteller, Publizist und freier Mitarbeiter zahlreicher vietnamesischer Webseiten im Ausland. Nach Ende des Vietnamkrieges 1975 hat er wegen seiner Schriften über zehn Jahre seines Lebens, 1992 bis 2002, im Gefängnis verbracht. Seine Tochter Huynh Thuc Vy (26) und sein Sohn Huynh Trong Hieu (22) sind ebenfalls Publizisten und bekannte Blogger. Sie unterhalten eigene Webseiten. Das Einkommen der Familie ist gering. Huynh Thuc Vy trägt dazu durch Englischunterricht für Kinder bei.

Huynh Ngoc Tuan beschrieb die Ereignisse der Razzia in einem Interview, das er dem Journalisten Thanh Quang von Radio Free Asia (RFA) am 8. November 2011 gab.

**Thanh Quang:** Wie war Ihre Reaktion, als der Vertreter der PSF Ihnen den Durchsuchungsbefehl vorlas und Sie beschuldigte, über das Internet Texte zu verbreiten, die sich gegen die KP und den Staat richteten?

**Huynh Ngoc Tuan:** Ich habe ihnen gesagt, daß meine Schriften meine persönliche Sicht reflektierten und somit dem Geist des Artikels 69 der Verfassung entsprächen, wonach alle Bürger das Recht hätten, frei zu denken und zu sprechen. Ich hätte nichts Falsches getan und nicht gegen die Verfassung gehandelt und dazu wäre alles, was ich täte, mit den

internationalen Übereinkommen über zivilrechtliche und politische Rechte vereinbar. Ihre Anwesenheit hier, in meinem Haus, um die Geräte zu beschlagnahmen, die wir täglich brauchten, um studieren und arbeiten zu können, verstieß gegen die Verfassung und die geltenden Gesetze. Der Leiter der Einsatzgruppe erwähnte, daß ich zur Verantwortung gezogen würde, wenn ich dagegen verstoßen hätte. Sie beschlagnahmten zwei Desktop-Computer, einen Canon Laserdrucker, zwei kleine PC-Lautsprecher, einen USB-Speicherstick sowie drei kleine Notebooks.

**Thanh Quang:** Und was geschah mit Ihren beiden Kindern?

**Huynh Ngoc Tuan:** Sie zwangen Thuc Vy und Hieu durch Unterschriften, einige ihrer Texte anzuerkennen. Vy und Hieu unterschrieben. Meine kleine Vy erklärte wörtlich: „Inhalte der Artikel, die ich schrieb, sind in Ordnung. Ich protestiere dagegen, daß diese Artikel inhaltlich zu verurteilen sind.“ Dann schalteten sie meine Geräte vom Netz...

**Thanh Quang:** Sind Sie und Ihre Familienmitglieder aufgefordert worden, sich im Büro der PSF zu melden?

**Huynh Ngoc Tuan:** Nein, dieses Mal haben sie es nicht gefordert. Sie kamen um 8 Uhr und blieben bis 10.30 Uhr. Sie beschlagnahmten Geräte, gaben uns das Abschlußprotokoll. Dann verließen sie uns. Danach ging ich zum Haus meines Bruders, um ihn und unsere Freunde über alles zu unterrichten, aber dessen Internet-Zugang war bereits abgeschaltet. Ebenfalls in meinem Haus. Ich hatte einen Computer mit nach Hause genommen, um meine Internet-Verbindung zu testen. GleichermäÙig war das Telefon auf meinem Schreibtisch abgeschaltet.

Mit abgekoppeltem Telefon- und Internet-Zugang sowohl in seinem Haus, als auch bei seinen Freunden, tat Huynh Ngoc Tuan in dieser Situation das einzig Richtige. Er und sein Sohn schwangen sich auf ein Motorrad und fuhren zum nächsten Internet-Café in der Stadt. Er hatte dort kaum Zeit, sich hinzusetzen, sich im Internet anzumelden, und eine

## Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, RuschestraÙe 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

E-Mail an Frau Mac Viet Hong, Herausgeberin der Webseite ([www.damchinviet.info](http://www.damchinviet.info)) zu senden, die die meisten seiner Artikel veröffentlicht hatte, um sie über seine Lage zu unterrichten, als Mitglieder der PSF in das Internet-Café hereinstürmten. Sie forderten ihn auf, ihnen seine kurz vorher abgesandte E-Mail zu zeigen. Noch schlimmer, sie verlangten, daß er und sein Sohn ihnen in das lokale PSF-Revier folgten. Es entspann sich eine heftige Auseinandersetzung. Huynh Ngoc Tuan weigerte sich. Der Streit war so laut, daß er auf die Straße drang.

Dort aber geschah dann etwas bis dahin Ungewöhnliches, Unbekanntes, eigentlich sogar etwas Wunderbares. Vor dem Internet-Café hatten sich inzwischen immer mehr Menschen versammelt, die die lautstarke Auseinandersetzung miterlebten, ihr folgten, sie laut diskutierten und sich für Huynh Ngoc Tuan einzusetzen begannen. Schließlich waren es über 600 Menschen, die sich auf der Straße vor dem Internet-Café eingefunden hatten. Zahlenmäßig waren sie dem PSF Einsatzkommando weit überlegen, das noch immer mit Huynh Ngoc Tuan stritt. So konnten sie zwei mit PSF-Kadern besetzten militärischen Lastwagen die Zufahrt zum Café versperren, die dann einige hundert Meter entfernt an den Straßenausgängen abgestellt wurden.

Auf der Straße vor dem Internet-Café wandte sich Huynh Ngoc Tuan an die versammelten Menschen. Er unterrichtete sie über seine Schriften, den Verlust vietnamesischer Hoheitsgewässer, darunter der Hoàng Sa- und größtenteils der Truong Sa-Inseln (Paracel- und Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer), den Verlust von Land im Grenzbereich an China, über die Feigheit der kommunistischen Partei Vietnams in ihrem Umgang mit China, wie die Partei unser Land Stück für Stück an China verkauft und schließlich über den völlig illegalen Versuch der PSF, ihn ohne einen Haftbefehl fest- und mitzunehmen. Er beendetete seine improvisierte Rede, indem er die Menge um Schutz bat. Und über die aus der Menge dringenden Beifallsrufe, tief aus dem Herzen der Menschen, erhob sich plötzlich lautstark eine starke Stimme: „Es ist alles völliger Unsinn! Es ist unvernünftig, jemanden ohne richterlichen Beschluß zu verhaften! Geh jetzt nirgendwo hin. Bleib jetzt hier!“ Während Huynh Ngoc Tuan zu der Menge sprach, stiegen Mitglieder der PSF aus ihren Lkw, um die Menschenmenge einzukreisen. Aber es waren einfach zu

viele Leute in der Straße, die inzwischen abgesperrt war, so daß weder Lastwagen, Autos, noch Motorräder passieren konnten. Momente vergingen, die Spannung wuchs. Schließlich, ohne daß ein Befehl erkennbar wurde, kletterten die Männer der PSF wieder auf ihre Lastwagen und fuhren ab.

Aber noch immer nicht waren die Belästigungen für Huynh Ngoc Tuan und seinen Sohn zu Ende. Als Vater und Sohn auf ihrem Motorrad heimfuhren, sich kaum 200 Meter vom Stadtzentrum entfernt hatten, wurden sie plötzlich von sechs uniformierten Angehörigen der Verkehrspolizei der Quang Nam Provinz auf einer kleinen und wackligen Brücke in einem isolierten Straßenabschnitt gestoppt. Sie wurden nach ihren Papieren gefragt. Sie legten sie vor. Doch die Polizisten beanstandeten immer wieder etwas Neues. Zum Beispiel lief die Registrierung des Motorrades auf dem Namen der Schwiegermutter von Huynh Ngoc Tuan, Frau Nguyen Thi Quang. Trotz Beteuerungen des Sohnes, daß Frau Quang ihm das Motorrad geliehen und er deswegen auch die Papiere hätte, verlangten die Polizisten, daß beide sich mit ihnen ins Polizeirevier begäben.

Und wieder geschah etwas, was allen wie ein Wunder erschien.

Über dreihundert Menschen hatten sich inzwischen auf der kleinen Brücke versammelt, die Huynh Ngoc Tuan, seinen Sohn und die Polizisten umgaben. Für einen Augenblick befürchtete Huynh Ngoc Tuan, daß die nicht sehr stabil erscheinende Brücke unter der Last der Menschen zusammenbrechen würde.

Auch hier hörten die Menschen Huynh Ngoc Tuan zu. Sie begannen sich für ihn einzusetzen und mit der Polizei zu streiten. Einer sagte zu einem Polizisten: „Wie kannst du es wagen, diese beiden Personen zu verhaften, wenn ihre Papiere korrekt sind?“ Die Menge höhnte: „Wenn ihr überhaupt Mut habt, warum geht ihr nicht und haltet die großen Autos auf den Straßen an?“ Als die Menge immer weiter anschwell und unruhiger wurde, lenkten die Polizisten ein und ließen den Schriftsteller und seinen Sohn ziehen. Dennoch ließen die Polizisten Huynh Ngoc Tuan und seinen Sohn nicht aus den Augen. Sie folgten ihnen bis vor die Tür ihres kleinen Hauses.

Lassen Sie uns alles tun, was wir können, um der Huynh-Familie zu helfen, um so

dazu beizutragen, daß die öffentliche Meinung innerhalb und außerhalb von Vietnam zu ihren Gunsten mobilisiert wird. Und seien wir uns bewußt, daß die Kraft unseres Glaubens und die Macht der nationalen und internationalen öffentlichen Meinung nicht unterschätzt werden sollten.

Es gibt einen tiefen Grund zur Hoffnung. Am 8. November 2011 geschah etwas völlig Unerwartetes, etwas Neues, etwas Wunderbares, nicht nur einmal, sondern zweimal. An diesem Tag hat das vietnamesische Volk beschlossen, furchtlos zu sein und es auch öffentlich zu zeigen, um die Wahrheit zu hören und um sie zu sagen. Und das Volk zeigte seine Haltung öffentlich, Hunderte Bürger, die erfolgreich die Sicherheitskräfte herausforderten und eine unrechtmäßige Verhaftung verhinderten.



Huynh Thuc Vy, Bloggerin und Tochter des Schriftstellers.

Aus dem Vietnamesischen/Englischen von Hans-Albrecht Schraepler und Pham Truong Long (redaktionell gekürzt; weitere Informationen auf [www.vietthuc.org](http://www.vietthuc.org))

## Unterstützung für Initiative Mahnmal

Prag, Budapest, Moskau, Sofia – nicht nur in diesen vier Städten gibt es zentrale Denk- und Mahnmale für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Der Kommunismus hat im letzten Jahrhundert weltweit Millionen von Menschen unterjocht und zerstört. Viele Staaten in Ost- und Mitteleuropa gedenken dieser Opfer durch zentrale Mahnmale.

Wir fordern auch in Berlin einen solchen Ort!

Wenn Sie die Initiative der UOKG für ein zentrales Mahnmal unterstützen möchten, unterschreiben Sie auf unserer Unterschriftenliste und sammeln Sie auch in Ihrem Bekanntenkreis Unterschriften – wir benötigen zahlreiche Stimmen, die die Initiative Mahnmal mit Nachdruck unterstützen.

Listen können angefordert werden bei: E-Mail [Mahnmal@uokg.de](mailto:Mahnmal@uokg.de) oder per Post UOKG/Initiative Mahnmal, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin

# Zweimal Sibirien

Von Wilhelm K.H. Schmidt

## Teil 1 – Von Krasnojarsk ins Leben

Zu meinem zehnten Geburtstag, im Herbst 1948, eröffnete mir mein Vater, daß ich gemeinsam mit zwei gleichaltrigen Jungen Privatunterricht im Fach Latein haben würde. „Die lateinische Sprache erklärt Internationalismen und erleichtert dir später das Erlernen der romanischen Sprachen“, war die plausible Begründung.



Leutnant Ludwig Kracke im Ersten Weltkrieg 1915.

Der wöchentliche Unterricht sollte in der herrschaftlichen Stadtvilla des Arztes Dr. Luthardt in der Luckenwalder Straße 7 der märkischen Kleinstadt Dahme/Mark stattfinden. Dr. Luthardt hatte meinen Vater und auch den Gemeindepfarrer der Evangelischen Kirche in Dahme, Dr. Georg Sehmsdorf, angesprochen, die Söhne gemeinsam in Latein unterrichten zu lassen. Mein Vater sah in dem Vorhaben eine willkommene zusätzliche Bildungsmöglichkeit für seinen Sohn, und Pfarrer Sehmsdorf wird den Vorschlag im Blick auf ein späteres Theologie-Studium seines Sohnes Eckhardt auch gern akzeptiert haben.

Unser Lehrer war Ludwig Kracke – am 28. Januar 2014 jährte sich sein Geburtstag zum 130. Mal –, der langjährige Studienrat an der Landwirtschaftsschule in Dahme. Ich kann mich gut daran erinnern, wie wir in der beginnenden kalten Jahreszeit an einem großen Tisch am geheizten Kachelofen im Wohnzimmer der Beletage der Villa saßen und den Lehrer an der Stirnseite des Tisches voller Spannung im Blick hatten.

Mit diesem Unterricht sollte Studienrat Kracke finanziell unterstützt werden. Kracke war im Oktober 1945 aus dem Schuldienst entlassen worden, obwohl er gleich nach Kriegsende alles getan hatte, um den Unterricht trotz aller Schwierigkeiten an der Oberschule wieder aufzunehmen. Fachliche Leistungen allein zählten jedoch in Ostdeutschland nach Kriegsende

nicht. „Systemnähe im Dritten Reich“ war das Entscheidungskriterium. Sein Schulrat teilte ihm mit: „Wegen Ihrer politischen Einstellung sind Sie für Schule und Erziehung nicht tragbar.“ Gleichzeitig wurde auch seine Frau, die als Sportlehrerin an dieser Schule gearbeitet hatte, entlassen. Nach Kriegsteilnahme im Ersten Weltkrieg war Ludwig Kracke dem paramilitärischen Bund der Frontsoldaten „Stahlhelm“ beigetreten, einem Sammelbecken vor allem deutsch-national gesinnter Männer, der nach der Machtübernahme Hitlers mit der nationalsozialistischen SA „gleichgeschaltet“ wurde.

Ambivalent war Krackes politische Haltung allemal. Jeder leitende Beamte im Schuldienst mußte damals Mitglied der NSDAP sein. Jedoch fehlten ihm dafür „wegen einer jüdischen Großmutter meiner Frau“, wie er seinen Freunden sagte, die Voraussetzungen für einen Parteieintritt. Von Seiten seiner Schulbehörde war ihm deshalb sogar die Scheidung von seiner Frau nahegelegt worden. In diesem Zusammenhang wurde er im Frühjahr 1937 aus der SA und damit auch aus einer Parteianwartschaft ausgeschlossen. Unter der ständigen Drohung, als Nichtparteiennesse aus dem Amt entlassen zu werden, unterrichtete er während der Nazi-Zeit ohne tarifrechtliche Besoldung und der Funktion entsprechenden Beförderung weiter. So stand er zumindest aus diesen persönlichen Gründen dem nationalsozialistischen System mit Verbitterung gegenüber.

Nur Bruchstückhaftes wußten wir Jungen damals über unseren Lehrer. Ludwig Kracke, Jahrgang 1884, war in Gießen und München zum Geschichts-, Fremdsprachen- und Sportlehrer ausgebildet worden. Ihn reizte der hohe pädagogische Anspruch der „Städtischen Höheren Landwirtschaftsschule“ in Dahme, wie sie offiziell hieß. 1911 begann er als Oberlehrer an dieser Schule. Schon nach drei Jahren

wurde seine Tätigkeit durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen.

Zu den bruchstückhaften Informationen zählte auch, daß unser Lehrer im Ersten Weltkrieg aus russischer Gefangenschaft geflohen war. Ich wußte nicht, aus welchem Lager und auf welchem Wege. Aber die Tatsache an sich machte uns Jungen den Unterricht noch spannender. Mitte der 1950er Jahre veröffentlichte die westdeutsche Illustrierte Quick den Fortsetzungsroman „So weit die Füße tragen“ von Josef Martin Bauer. Es wird die fesselnde, aber weitgehend fiktive Geschichte des deutschen Soldaten Clemens Forell erzählt, der 1945 in der Lubjanka, dem Zentralgefängnis des sowjetischen Geheimdienstes in Moskau, in einem Massenprozeß zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde und in ein Lager am Kap Deschnjow an der Beringstraße kam. Von dort gelang ihm eine atemberaubende Flucht in die Freiheit. Immer, wenn wir später im Freundeskreis über diese Geschichte sprachen, mußte ich unwillkürlich an unseren Lateinlehrer denken. Wie nah allerdings Ludwig Kracke dieser Romanerzählung war, konnte ich damals nicht wissen.

Krackes Erlebnisse im Ersten Weltkrieg waren selbst seiner Familie nur lückenhaft bekannt. Aufzeichnungen existieren nicht. Man wußte lediglich, daß Leutnant Kracke bereits 1915 bei Kämpfen an der Ostfront in russische Kriegsgefangenschaft geraten war. Er kam gemeinsam mit 13 000 Kriegsgefangenen in ein sibirisches Lager bei Krasnojarsk am Jenissej, wo er drei Jahre festgehalten wurde.

Über die Zeit der Gefangenschaft hat Kracke nie gesprochen. Die katastrophalen Bedingungen auf dem Transport, die Entbehrungen, Hunger, Durst, Ungeziefer und ansteckende Krankheiten, Epidemien, die Zehntausende schon im ersten Kriegswinter hinwegrafften, die Unterbringung in Erdbaracken, zerfetzte



Ludwig Kracke (r.) in russischer Kriegsgefangenschaft 1915–1918.

Kleidung, Mißhandlungen und Demütigungen, Gefangenenspsychose und Psychoterror durch Arbeitsverbot für Offiziere hat Edwin Erich Dwinger in seinem Buch „Die Armee hinter Stacheldraht, das sibirische Tagebuch“ 1929 beschrieben. Kaum glaubliche Zustände, die der Haager Konvention eklatant widersprechen,

So hatte häufig die verwegene Flucht Bestrafungen und Schikanen für die im Lager zurückgebliebenen Kameraden zur Folge.

Begünstigt durch seine französischen und russischen Sprachkenntnisse muß er, ohne Verdacht zu erregen, bis nach Petersburg gekommen sein. Dort hat er offenbar die schwedische Botschaft aufgesucht, die ihm für später rückzahlbare einige tausend Goldmark neue Papiere ausstellte. Als schwedischer Staatsbürger soll er Rußland verlassen haben und über Skandinavien 1919 wieder in Deutschland angekommen sein. Seine Tochter Gisela Kleemann war

chischer Gefangener. Sie brachte Medikamente gegen ausgebrochene Seuchen in die Lager, Kleidung, Kraft und seelische Stärke den Männern, auch denen, die wußten, daß sie ihre Familien niemals wiedersehen würden.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß Ludwig Kracke bei einem ihrer Inspektionsbesuche Elsa Brändström kennengelernt hat und sie es war, die ihn mit Kleidung, Geld und Fahrkarten ausrüstete und ihm mit Hilfe ihres Vaters den Weg in die Freiheit geebnet hat. Kracke war mit großer Wahrscheinlichkeit wegen seiner Vertrauensstellung im Lager und seines Charismas zum Sprecher der gefangenen deutschen Offiziere bestimmt worden und deshalb wohl der Ansprechpartner von Elsa Brändström, als sie zum ersten Mal im Winter 1915/16 das Lager Krasnojarsk besucht hat. Sie, die sich beim nächsten Inspektionsbesuch im 2. Halbjahr 1917 in Sibirien aufhielt, kannte den dringenden Wunsch der Gefangenen nach einer Flucht in die Heimat genau. Sie wußte, daß Fluchtpläne oftmals vor Verzweiflung und Apathie bewahrten. Sie wußte aber auch, daß eine Flucht ohne Geldmittel und ohne genaue Kenntnisse der russischen Sprache und Verhältnisse zu wagen, wenige Aussichten auf Erfolg hatte.

Sie schreibt: „Zudem boten die großen Entfernungen und das harte Klima Rußlands Schwierigkeiten, die Gefangene nicht richtig einschätzen konnten. Selbst wenn die Flucht erst im Frühjahr unternommen wurde, konnte ein unerwartet später Schneesturm jedes Weiterkommen abschneiden und so stand der ‚weiße Tod‘ am Ende der Fahrt.“ Um so mehr ist es anzunehmen, daß sie ihre eigenen Wege fand, um Ludwig Kracke zu helfen.

Daß Studienrat Kracke 35 Jahre später die gleiche Strecke von 6000 km in Richtung Osten erneut unfreiwillig zurücklegen sollte, wurde zu einer schicksalhaften Wiederholung in seinem Leben.

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)



Erdbarackenlager bei Krasnojarsk.

(Quelle: Norgard Kohlhagen, „Elsa Brändström, die Frau, die man Engel nannte“, Stuttgart 1991, S. 195)

werden dort geschildert. War der Bericht, in Ostdeutschland als antikommunistische Polemik abgestempelt, tatsächlich authentisch?

Elsa Brändström, die schwedische Krankenschwester, hat die Darstellungen Dwingers im wesentlichen bestätigt. Sie ist die kenntnisreiche Person, der man glauben darf. Auch die Tatsache, daß sie mutig den Nazis entgegentrat, indem sie einer Einladung Adolf Hitlers nicht nachkam, sondern mit ihrer Familie in die USA emigrierte, spricht für ihre Glaubwürdigkeit.

Ludwig Kracke nutzte die Zeit der Gefangenschaft, seine Russischkenntnisse zu vertiefen. Mit seiner akzentfreien Sprache und einem inzwischen lang gewachsenen Bart war er bald von einem echten Sibirier kaum zu unterscheiden. Die Hoffnung der Kriegsgefangenen, durch die revolutionäre Entwicklung im Lande, die zum Sturz des Zarenregimes führte, gleich nach Friedensschluß entlassen zu werden, erfüllte sich nicht. So wird sich Kracke im Frühjahr 1918 entschlossen haben, die Wirren des Bürgerkrieges und der Machtkämpfe zwischen Bolschewiki und Menschewiki für eine Flucht zu nutzen. Er entfernte seinen Bart und hoffte, mit dem ungewohnt glatt rasierten Gesicht nicht erkannt zu werden, wohl wissend, daß seine Flucht für ihn und seine Kameraden ein hohes Risiko bedeutete.

dabei, als er Anfang der 1930er Jahre erleichtert die letzte Rate des geforderten Geldes für die Fluchtpapiere von seiner Bankfiliale in Dahme nach Schweden überwies.

Offen bleibt jedoch, von wem er ange-regt wurde, den Weg über die schwedische Botschaft in Petersburg und über Schweden zu nehmen. Wie wollte er als geflohener deutscher Kriegsgefangener in Petersburg unauffällig die schwedische Botschaft erreichen? Auch seine Russischkenntnisse hätten ihm dort nicht weitergeholfen. Jeder, der nach einer ausländischen Botschaft fragte, hätte sich verdächtig gemacht. Und warum sollte die schwedische Botschaft einem unbekanntem deutschen Kriegsgefangenen ohne Protektion und ohne einen Pfennig Geld, nur auf das Versprechen hin, das Geld später aus Deutschland zu bezahlen, einen schwedischen Paß ausstellen?

Hier hilft die Vita von Elsa Brändström (1888-1948) weiter. Die Tochter des schwedischen Militärattachés in Rußland, Pehr Edvard Brändström, betreute aufopferungsvoll die Kriegsgefangenen des Ersten Weltkrieges, die in Lagern über das riesige russische Reich verstreut waren. Elsa Brändström arbeitete im Auftrag des Schwedischen Roten Kreuzes mit hohem persönlichem Einsatz für die Rettung zahlloser, zuerst russischer Verwundeter, später vor allem deutscher und österrei-



Elsa Brändström. Wohltätigkeitsausgabe der Deutschen Bundespost 1951 (Michel BRD 145, 3 Mio. Auflage).

## „Individuelles Leid – gemeinsames Erinnern?“

Podiumsdiskussion der Initiative Mahnmal der UOKG am 19. November 2013 in Berlin

(st)Der komplexen Frage nach der Notwendigkeit eines zentralen Mahnmals für die Opfer des Kommunismus ging zunächst in einem Einführungsvortrag Stephan Hilsberg, MdB a.D., nach. Die bisherigen Gedenkorte für Opfer des Kommunismus seien unübersichtlich und unvollständig, weil sie spezifischen Unrechtsmerkmalen der SBZ/DDR gewidmet wurden. Diese Unvollständigkeit habe zu dem Ruf nach einem zentralen Mahnmal geführt. Damit werde keine Konkurrenz erzeugt, sondern eine Komplettierung. Es müsse einen Ort geben, „der von den Opfern an sich spricht“, mit dem sich die Opfer identifizieren könnten, der das erlittene Leid zum Ausdruck bringe und den Unrechtscharakter des Kommunismus deutlich mache. Es komme darauf an, daß die Öffentlichkeit diesen Anspruch verstehe und die Politik adäquate Antworten gebe. Auch müsse der Bezug der beiden deutschen Diktaturen zueinander beleuchtet werden.

Die anschließende Gesprächsrunde, moderiert von Jaqueline Boysen von der Evangelischen Akademie zu Berlin, war sich wohl einig, daß ein Mahnmal notwendig sei, diskutierte dann aber vor allem die Möglichkeiten von Gedenken und Informieren. Dr. Richard Schröder, Philosoph und Theologe, fand das Gedenken an die Todesopfer plausibel. Wenn man jedoch unterscheide zwischen den Opfern als Personen und dem Erinnern an den „Irrweg Kommunismus“, sei letzteres umstritten. Das Mahnmal auch zu einem Informationsort zu machen, lehnte Prof. Dr. Jörg Baberowski, Histori-

ker, ab. Informationsorte gebe es genug, ein solches Mahnmal aber nicht. Dr. Jan Foitzik, Historiker, sprach sich dezidiert gegen die Aufzählung von Opfergruppen aus. Dies ginge schon deshalb nicht, weil man ständig auf neue stoße. Als gelungen bezeichnete er das Denkmal für die Opfer des Kommunismus in Prag.

Der Diskutant aus der Slowakei, Dr. Ján Košiar, Präsidiumsmitglied der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus, beschrieb das Denkmal in Bratislava. Dort lege an jedem 17. November der Staatspräsident einen Kranz nieder. Das Datum bezeichne den Tag, an dem in der damaligen ČSSR der Kommunismus endete. Košiar schlug zur Freude seiner Gesprächspartner vor, das in Berlin geplante Mahnmal ins diplomatische Protokoll aufzunehmen, dann stünde es auch bei einem Staatsbesuch Wladimir Putins auf dem Programm. Richard Schröder merkte an, daß der 17. November der Tag der Revolution sei, während in Deutschland, z.B. am 17. Juni, eher Trauertage begangen würden. Ein Ort der Trauer solle nicht unbedingt zentraler Ort für Staats-

besuche sein. Damit wolle er aber nicht gegen ein Mahnmal sprechen.

Jan Foitzik äußerte Bedenken, neben aktiven Widerständlern auch passive Opfer in die Gedenkrituale aufzunehmen. Jörg Baberowski entgegnete, daß die Rolle des Historikers nicht vermischt werden dürfe mit jenen, die erinnern wollten. Es sei nicht Aufgabe eines Mahnmals, differenzierte Darstellungen zu liefern. Wer zu den Opfergruppen gehöre, sei irrelevant. Jeder, der sich als Opfer fühle, dürfe sich individuell dazuzählen. Auch er riet von einer Benennung der Opfergruppen ab. Richard Schröder warf ein, am Mahnmal stehe dann: „Den Opfern des Kommunismus“, doch was Kommunismus sei, dürfe sich jeder selbst denken. Er plädierte für Gedenken und Information.

Übereinstimmten die Gesprächspartner darüber, daß eine Einbeziehung der europäischen Opfer des Kommunismus nicht funktionieren würde, die nationalen Geschichtsschreibungen seien zu unterschiedlich. Jörg Baberowski sprach aus, was noch immer Realität ist: „Es gibt keine europäische Erinnerungskultur.“ 

### Veranstaltung

„Wie sollte ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus aussehen?“ – Podiumsdiskussion der Initiative Mahnmal der UOKG, Der Bundesstiftung Aufarbeitung und der Deutschen Gesellschaft e.V. am 26. März 2014, 18.30 Uhr

Ort: Deutsche Gesellschaft, Mosse Palais, Voßstraße 22, 10117 Berlin

Weitere Informationen unter [www.uokg.de](http://www.uokg.de)

## Authentischer Tagungsort

UOKG-Verbandstreffen am 1./2. März in Berlin

(st)„Authentische Orte der Repression – Geschichte, Gegenwart und Funktion für die historische Aufarbeitung“ war diesmal das Thema des Treffens. Zunächst sprach der Historiker Dr. Christian Halbrock über den Tagungsort an diesem Wochenende: „Stasi-Stadt – die MfS-Zentrale in Berlin Lichtenberg“. So sei der Grund für die Standortwahl des MfS zunächst die Nähe zum Fernamt Lichtenberg, über das die internationalen Fernsprechverbindungen liefen, gewesen. 1960 wurde dann Haus 1 gebaut, das ab 1962 der Dienstsitz Erich Mielkes war. Das Gebäude löste einen

„Schwarzbau“ ab, den das MfS unter Umgehung baurechtlicher Genehmigungen hochgezogen hatte. Die bis heute erhaltene Sichtblende des Vorbaus aus durchbrochenem Beton sei errichtet worden, weil sich herausstellte, daß von einem nahegelegenen Hochhaus in der Frankfurter Allee der Eingang sichtbar gewesen sei. Halbrock schilderte anschaulich mit vielen historischen Fotos die ständige Erweiterung des MfS-Areals. Für den Bau eines Kongreßzentrums der Staatssicherheit wurden eine neuapostolische Kirche und architektonisch wertvolle Bruno-Taut-Häuser gesprengt.

Mit dem „Militärstrafgefängnis in Schwedt/Oder“, seiner Baugeschichte und Bestandsdokumentation befaßte sich anschließend der Archäologe und Denkmalpfleger Torsten Dressler. Von 2010 bis 2012 konnte das Gelände baugeschichtlich dokumentiert werden. Dies sei die letzte Gelegenheit gewesen, denn 2012 wurden 90 Prozent der Bauten abgerissen. Der „Mythos Schwedt“ sei in der Armee der DDR eine ständige Bedrohung gewesen und habe zum absoluten Gehorsam beigetragen. Inhaftiert wurden Armeeingehörige dort wegen militärischer, krimineller und politischer Delikte, ca. 25 Prozent der Häftlinge seien Politische gewesen. Neben dem Militärstrafvollzug gab es auf dem Areal eine „Disziplinareinheit“, in der

Personen ohne Urteil bis zu sechs Monaten inhaftiert werden konnten. Vor der Entlassung mußte eine Erklärung unterschrieben werden, über den Aufenthalt im Lager zu schweigen. Das Gelände gliederte sich neben den Zellenblocks in Bereiche für militärischen Drill, Arbeitseinsatz und politische Erziehung. In den 60er Jahren betrug das Areal zwei Hektar, 1989 waren es 20. Die starke Ausdehnung habe 1978–1982 stattgefunden und sei der Vergrößerung der Produktionsstätten geschuldet. Die Arbeitsbedingungen waren schlecht und teilweise stark gesundheitsgefährdend, so z.B. in der Galvanik und Wickelei, wo die Werte mehr als das Doppelte der zulässigen betragen hätten. In dem noch verbliebenen Stabsgebäude solle eine Gedenkstätte eingerichtet werden.

Tobias Franke-Polz, Referent der Enquetekommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur“ der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Brandenburger Landtag, gab einen Überblick über die Ergebnisse der Kommission. Zu den Themenfeldern zählten u.a. Wiedergutmachung und Würdigung der Opfer, MfS-Überprüfung im

öffentlichen Dienst, Bildungspolitik und Landwirtschaftspolitik mit dem Problem des Bodenreformlandes. Daß es trotz vieler Grabenkriege zu einem Erfolg gekommen sei, läge u.a. an der Einbeziehung von Zeitzeugen und Experten, es hätten mehr als 70 Anhörungen stattgefunden. Das Ergebnis sei eine 13seitige Schrift mit Handlungsempfehlungen, z.B. für eine Härtefallregelung bei der Wiedergutmachung, für einen Haushaltstitel für Opferverbände und ein klares Verfahren für MfS-Überprüfungen. Anfang April werde das Parlament ausführlich darüber debattieren. Weil zu den Themen je ein Berichterstatter der Koalition und der Opposition gearbeitet hätten, sei das Ergebnis zwar ein Kompromiß, jedoch ein tragfähiger, sagte Franke-Polz. Die Vertreter der Verbände dankten ihm für seinen Einsatz für die Belange der Opfer, benannten aber ebenso Schwachstellen, besonders die nicht weit genug reichende Überprüfung der Justiz.

Zu Gast war auch eine Gruppe Exil-Iraner, die über die Lage im Iran berichtete, u.a. darüber, daß es viele politische Gefangene gäbe, die bereits unter dem Schah inhaftiert waren.

Im Bericht des Vorstandes ging der UOKG-Vorsitzende Rainer Wagner auf den Stand mehrerer politischer Vorhaben des Dachverbandes ein. Nachdem z.B. im Mai dieses Jahres das Forschungsprojekt zur Zwangsarbeit abgeschlossen sein wird, müsse die Einrichtung eines Runden Tisches im September zur Entschädigung vorbereitet werden. Änderungsbedarf bei den Regelungen zur Opferrente betreffen besonders die Vererbbarkeit und die Einbeziehung bisher nicht anspruchsberechtigter Opfergruppen.

Der zweite Tag begann mit einem Besuch Roland Jahns, der regelmäßig Termine bei den Opferverbänden wahrnimmt, um Fragen zu beantworten, sich über Anliegen zu informieren und über Probleme bei der Akteneinsicht zu diskutieren. Er berichtete über die Situation bei der Reduzierung ehemaliger MfS-Mitarbeiter in seiner Behörde – von 48 sind z.Z. noch 34 dort tätig – und versicherte, nach wie vor an seinem Ziel einer vollständigen Versetzung festzuhalten.

Es schloß sich eine Führung durch das Stasi-Museum im Haus 1 an. Das nächste Verbändetreffen ist für Juni dieses Jahres geplant. 

## Neunundvierzig Namen

Am 28. Oktober 2013 hatte ich die Gelegenheit, in der JVA Untermaßfeld/Thüringen die Räume meines Aufenthaltes als politischer Häftling in der DDR zu besichtigen, ein bewegender Moment. Vor der JVA steht ein aus alter Zuchthausmauer gebauter Torbogen mit einer aufgestellten Tafel, darauf steht: „Im Februar 1950 wurden hier 1.229 Opfer der sowjetischen Militärjustiz eingeliefert – größtenteils Jugendliche, die das sowjetische Speziallager Sachsenhausen überlebt hatten. Viele von ihnen starben in den folgenden Jahren in Untermaßfeld.“

Heinz Lorenz (mein ehemaliger VOS-Vorsitzender von Stuttgart) bat mich, doch einmal die Grabanlage der in Meiningen bestatteten SMT-Opfer aufzusuchen. Von ihm wußte ich auch, daß von den 73 namentlich bekannten Toten in Meiningen 49 Urnen bestattet wurden. Das Finden auf dem Friedhof in Meiningen war weit schwieriger. Weder die Angestellten der Gärtnerei, des Bestattungsinstitutes noch die befragten Besucher konnten mir weiterhelfen. Erst auf dem Friedhofsamt hatte ich Glück. Der Weg ging steil nach oben, in der Nähe der Herzogsgruft von Sachsen-Meiningen fand ich die beiden Stelen mit den 49 Namen darauf.

Ich stellte mein Erikastöckchen dazu, verharnte vor dem Gedenkstein und schrieb dann den Text handschriftlich auf: „Hier ruhen Opfer der sowjetischen Militärjustiz, die in den Jahre 1950-1952 in Untermaßfeld an Hunger und Krankheit starben. – Hans Aniola, Willi Bartels, Karl Böhm, Gustav Bree, Paul Dossow, Josef Ebenhö, Erich Paufler, Ernst Felgenhauer, Karl Graf, Heinz Hamighofer, Kurt Paul Hartmann, Franz Herzog, Theodor Hesse, Max Hübscher, Friedrich Joswig, Fritz Juch, Friedrich Korsen, Karl Koy, Alfred Krauß, Wilhelm Lamor, Willi Lehmann, Bruno Maass, Johann Märkel, Arno Mirich, Josef Müller, Max Nitsche, Helmuth Nitschke, Kurt Obal, Hans Pargent, Lothar Piyorr, Alfred Poleschner, Arno Ratzlaff, Georg Rusch, Herbert Scharf, Josef Schierandt, Paul Schimoff, Gustav Schmidt, Walter Schreck, Erich Schröter, Manfred Schuran, Otto Schürer, Karl Spehr, Günter Steinborn, Wilhelm Sternbeck, Hermann Uecker, Heinz Vogel, Heinz Volgmann, Albin Weichert, Richard Weise“

Im Januar 1950 wurde das Speziallager Sachsenhausen aufgelöst, und zwei Transporte gingen nach Untermaßfeld. Die unmenschlichen Haftjahre in Sachsenhausen, die schlimmen Transportbedingungen, die



Das Tor aus alter Zuchthausmauer.

katastrophale medizinische Versorgung bei Tbc-Erkrankungen sowie die schlechte Verpflegung verursachten viele Todesfälle – trotz der Hilfe der Gefangenärzte. Schwerkranke Gefangene wurden später ins Haftkrankenhaus nach Waldheim verlegt. Die letzten SMT-Verurteilten kamen erst 1956 aus Untermaßfeld frei.

Keiner der unmenschlichen Wachtmeister wurde je zur Verantwortung gezogen. Vielleicht können Meiningener oder Waldheimer Schülerprojekte an das zu Unrecht Geschehene erinnern?

Rosel Werl

## Gedenkveranstaltung 2014

(rl)Die Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen lädt ein zu ihrer Jahresgedenkveranstaltung am **26. April 2014**.

10.00 Uhr: Hochschule Neubrandenburg, Mensa (Eingang links), Brodaer Str. 2 – mit Filmvorführung; ab 9.30 Uhr Imbiß

14.00 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Friedhof der Kriegsgefangenen in der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen, Fläche zwischen Glockenturm und Denkmal

Ca. 14.30 Uhr: Gedenkfeier mit ökumenischem Gottesdienst und Kranzniederlegung am Kreuz südliches Gräberfeld

Ca. 15.15 Uhr: Organisierter Rundgang durch das ehemalige Lager Fünfeichen

### „Aufbruch zur Freiheit“ Bürgerrechtsbewegungen in der DDR und Osteuropa

25. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung am 8./9. Mai 2014 im Bautzener Brauhaus, Thomas-Mann-Str. 7, 02625 Bautzen

#### Donnerstag, 8. Mai

10.00 Uhr: Eröffnung und Grußworte

10.30 Uhr: „Aufbruch zur Freiheit – 25 Jahre Friedliche Revolution“, Rede von Martin Dulig, Vors. d. SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag u. d. SPD in Sachsen

11.15 Uhr: „Was bedeutet Freiheit?“, Schülerprojekt der Gedenkstätte Bautzen zur Friedlichen Revolution

13.30 Uhr: „Warte nicht auf bessere Zeiten“, Gespräch mit Wolf Biermann

15.30 Uhr: Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa, Podiumsgespräch

19.00 Uhr: Konzert Wolf Biermann, Son-

derveranstaltung der Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a

#### Freitag, 9. Mai

9.00 Uhr: Alltag und Widerstand in der SED-Diktatur, Podiumsgespräch

11.30 Uhr: Das Ende der DDR, demokratische Parteienbildung im Herbst 1989 und Demokratie heute, Podiumsdiskussion mit Daniela Kolbe MdB, Rainer Eppelmann, Stephan Bickhardt u. Dr. Konrad Elmer-Herzig

Verbindliche Anmeldung bis 2.5.2014, E-Mail Sachsen@fes.de

Nach der Mitgliederveranstaltung des Bautzen-Komitees am 7. Mai leiten um 16.30 Uhr Andacht und ökumenischer Gottesdienst für die Opfer der SED-Herrschaft in der Gedenkkapelle auf dem Gräberfeld am Karnickelberg über zum Bautzen-Forum.

## Abschied

Am 29. Januar diesen Jahres verstarb Rudolf Hinrichs im Alter von 83 Jahren in einer Torgauer Pflegeeinrichtung, liebevoll umsorgt und begleitet von seiner Tochter und dem Pflegepersonal. Mit diesem Nachruf möchte ich die Person Rudolf Hinrichs, sein Leben und seinen jahrelangen Kampf für Gerechtigkeit würdigen.

Rudolf Hinrichs wurde im März 1945 als 16-jähriges Kind gemustert, für den Wehrdienst rekrutiert und in den Militäreinsatz gegen England geschickt. Im Mai wurde er gefangengenommen, allerdings ließen ihn die Engländer mit der Begründung: „Das sind doch noch Kinder“, sofort wieder frei. In Celle fand er Arbeit in einem Pferdestall. Er liebte Pferde und war ein großer Freund, Helfer und Unterstützer des Gestüts Graditz. Zahlreiche

Bilder verschiedener nationaler und internationaler Preisträger schmückten seine Wohnung. Während der Heimkehr nach Berlin zu Weihnachten 1945 wurde sein englischer Passierschein von der sowjetischen Besatzungsmacht als Spionage gewertet. Rudolf Hinrichs wurde wegen angeblicher Spionage und Unterstützung des Nazi-Regimes verhaftet. Neun Monate Aufenthalt im Untersuchungsgefängnis Potsdam und jahrelange Internierung mit Folterungen im Lager Sachsenhausen folgten. 1950 wurde er nach Waldheim verlegt und in den berühmten „Waldheimer Prozessen“ zu acht Jahren Gefängnis, zehn Jahren Ehrverlust und Einziehung des Vermögens verurteilt.

Erst nach der Friedlichen Revolution konnte er über das Geschehen berichten und gründete die Bezirksgruppe der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS), arbeitete im VOS-Landesverband mit und betreute Opfergruppen im Stiftungsrat. Erst nach 40 Jahren, im Jahr 1990, wurde er rehabilitiert. Für seine Verdienste wurde Rudolf Hinrichs im Jahr 1999 durch Bundespräsident Dr. Roman Herzog mit dem Bundesverdienstorden geehrt. Es war ihm zeit seines Lebens ein Herzensanliegen, auf die erlebte Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen, und er setzte sich für das Gedenken der Opfer der Waldheimer Prozesse ein.

Persönlich werde ich das Andenken an Rudolf Hinrichs und seine Erlebnisse bewahren und diese an unsere heutige Generation weitergeben. Seine Geschichte und sein Leben sind für mich und müssen für uns Mahnung, Lehre und Aufgabe im Kampf gegen Unrecht und Unfreiheit sein.

Im stillen Gedanken,  
Marian Wendt

## Suchanzeigen

### Betroffene gesucht

Für ein Medienprojekt suche ich Diktaturbetroffene – Opfer von Haft, Zersetzung, Gewalt, beruflicher Benachteiligung usw. –, die bereit sind, über ihr Leben zu erzählen. Ich bin Publizist. Bitte melden Sie sich unter meinen Kontaktdaten. Ich werde mich mit Ihnen in Verbindung setzen.

Jörg Plath, PF 10 11 84, 18002 Rostock, E-Mail directlytome@live.com

### Arbeitsplatz „Zinnbad“

Ich suche Hilfe für die weitere Bearbeitung meiner laufenden Anträge und Verfahren. Wer kann als Zeuge zu den „gesundheitlichen Folgeschäden“ am Arbeitsplatz „Zinnbad“ („Verzinner“), STVe Rummelsburg, Haus 6, EAW Treptow in der Zeit von 1978 bis 1989 Angaben machen? Ich war dort von Ende 1980 bis März 1982 und gehe davon aus, daß der „Arbeitsschutz“ davor oder danach ähnlich war. Helfen könnten also

ehemalige Inhaftierte, die während dieser Zeit bzw. früher oder später an dem gleichen Arbeitsplatz eingesetzt waren, oder auch Angehörige oder Mediziner, die mit dieser Problematik konfrontiert waren.

Kontakt: Rolf Kranz, E-Mail rolfkranz@rocketmail.com

### Ehemalige Flüchtlinge

Die Marktgemeinde Deutschkreutz (Österreich) plant Anfang September ein Treffen zu Ehren von ehemaligen DDR-Flüchtlingen, die 1989 nach Deutschkreutz kamen. Wir möchten die Flüchtlinge gerne einladen, und benötigen dazu Adressen und Erinnerungsfotos.

Kontakt: Bürgermeister LABg. Manfred Kölly, Marktgemeinde Deutschkreutz, 7301 Deutschkreutz, Hauptstraße 79, Österreich, Tel. (00 43) 2613/80203-14, E-Mail post@deutschkreutz.bgld.gv.at

# Spendenauf Ruf

Liebe Freunde der UOKG,

heute wende ich mich wegen des leidigen Themas Geld und Kosten vertrauensvoll an Sie. Das öffentliche Ansehen der UOKG ist in den vergangenen Jahren ständig gewachsen. Sowohl die Medien als auch die Politik ziehen uns in den meisten Fragen der Aufarbeitung des kommunistischen Unrechts zu Rate. Das hat unseren Einfluß zugunsten der Betroffenen gesteigert und uns zu manchem Erfolg geführt. Gleichzeitig wachsen unsere Aufgaben ständig.

In diesem Jahr beginnen unsere Verhandlungen über eine angemessene Entschädigung für die von politischen Gefangenen in der DDR geleistete Zwangsarbeit. Da sich die meisten betroffenen Ost- und Westfirmen sowie das Finanzministerium bisher solchen Verhandlungen verweigerten, wird dies ein harter Kampf, der viel Zeit und Nerven kostet. Die Beratungsarbeit für die DDR-Heimkinder weitet sich aus. Sie wird nur von uns finanziert. Neue Aufgaben wie die Aufarbeitung der menschenverachtenden Verhältnisse im DDR-Militärgefängnis Schwedt zeichnen sich ab. Es stehen vielfältige Verhandlungen an, z.B. über die DDR-Flüchtlingsrenten, über die grundsätzliche Nichtanrechnung der Opferpension, deren Erhöhung und Erweiterung auf andere Opfergruppen sowie über eine Behebung der Mängel des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes. Dazu kommen die Öffentlichkeitsarbeit für die Opfer und die historische Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltherrschaft.

Die Aufgaben sind riesig! Als UOKG verfügen wir über weniger als 3000 Euro Mitgliedsbeiträge im Jahr und einige Spenden. Großspender haben wir überhaupt nicht. Unsere Projekte werden vom Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert. Nur dadurch ist unsere Arbeit überhaupt möglich. Die Einnahmen der Stiftung Aufarbeitung kommen aus ihren Kapitalanlagen. Aufgrund der niedrigen Zinsen fehlen der Stiftung bisher 1,5 Millionen Euro. Eventuell wird die Bundesregierung der Stiftung einen Zuschuß geben. Wegen des enormen Engpasses bei der Stiftung konnten unsere Projektanträge bisher nur unter Vorbehalt und teilweise noch stark gekürzt genehmigt werden. Der

UOKG fehlt jede Sicherheit für die ins Auge gefaßten Aufgaben.

So kann es nicht weiter gehen. Als Dachverband benötigen wir dringend eigene Mittel. Ein Verband kann nicht sicher arbeiten, wenn für jeden Euro ein Antrag an Dritte gerichtet werden muß. Eine solche Sicherheit können uns nur Ihre Spenden geben. Viele von Ihnen haben uns in der Vergangenheit großzügig unterstützt. Dennoch bitte ich Sie erneut um Ihre Hilfe. Ansonsten können wir z.B. die dringend notwendige Beratung der ehemaligen DDR-Heimkinder, die eigentlich ausgebaut werden muß, und den von Politik, Institutionen und Medien, wie auch vielen Einzelpersonen stark beachteten „Wochenrückblick“ nicht mehr sichern. Ebenso wären geplante wichtige Veranstaltungen und Veröffentlichungen in Frage gestellt. Die Stimme der Opfer würde leiser.

Vielleicht erwägt auch der eine oder andere von Ihnen, in seinem Testament oder

mit einem Vermächtnis an die UOKG zu denken. Die Bedeutung und Stärke der UOKG kann nur aufrecht erhalten bleiben, wenn wir zumindest mittelfristig finanziell gesichert arbeiten können.

Rainer Wagner  
Bundesvorsitzender der UOKG

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Ewald Ott, Germanenstr. 36, 53859 Niederkassel)

## Da lacht der Klassenfeind

„Der Bürger ist Mitglied der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft und des DTSB, jedoch nicht vorbestraft. Bei Frauen in seiner Umgebung ist er nicht sehr beliebt, da er sich mit fremden Frauen abgibt.“

(aus: Konjak, Deutsche Vita und der normale Hahn, BStU 2010)

**Bestätigung** über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von \_\_\_\_\_ € am \_\_\_\_\_

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 13347 Berlin vom 9.4.2013 – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GSTG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A, Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

**SEPA-Überweisung/Zahlschein**

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts \_\_\_\_\_ BIC \_\_\_\_\_

**Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.**

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)  
**U O K G e. V.**

IBAN  
**DE79 1007 0024 0734 2728 00**

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)  
**DEUTDE33**

Betrag: Euro, Cent \_\_\_\_\_

Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers  
**S p e n d e**

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)  
 IBAN \_\_\_\_\_

Art.-Nr.: 113.360 / 423.100

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift(en) \_\_\_\_\_

**Schreibmaschine:** normale Schreibweise!  
**Handschrift:** Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

08

## Die Stasi und die NATO

Das neueste Buch des Autors Günther K. Weiße, der jahrelang in führenden Positionen bei der Funkaufklärung und -abwehr im NATO-Hauptquartier tätig war, schildert die überaus großen Erfolge seiner Ausspähungen bis tief in den Sowjetblock. Er beschreibt aber auch den lange Jahre dort geplanten Erstschlag auf Europa unter Einsatz von 1000 Nu-

clearwaffen. Noch 1988 – mitten in der sogenannten Entspannung – probte die NVA die Eroberung West-Berlins mit 35 000 Soldaten, 300 Panzern und 36 Jagdbombern (Übung „Bordsteinkante“). Für die Besetzung waren 24 Stunden angesetzt.

Ein Großteil des Buches beinhaltet indes die Erfolge der DDR-Spionage, die selbst Kenner dieses Milieus

in Erstaunen versetzen und die in dem Umfang und damit als besonders große Gefährdung der Bundesrepublik bisher faktisch unbekannt waren: Die HVA hatte mindestens sieben Agenten innerhalb oder doch in unmittelbarer Nähe der

NATO-Zentrale, deren Identität bis heute nicht geklärt werden konnte. Einzige Ausnahme war Rainer Rupp alias „Topas“ und „Rubin“, der bereits 1977 bei SHAPE (Supreme Headquarters of the Allied Powers in Europe, das Oberkommando der Streitkräfte des Nordatlantikpakts in Europa) angestellt wurde. Er versorgte den Warschauer Pakt nahezu ohne zeitliche Verzögerung mit umfassenden Nachrichten über wichtige Entscheidungen. Insgesamt lieferte er der HVA 1043 Meldungen, von denen diese viele als „besonders wertvoll“ einstufte. Der Autor bilanziert, Ost-Berlin verfügte „über eine gewiß einzigartige Möglichkeit, zeitnah und umfassend über Planungen der NATO informiert zu sein“.

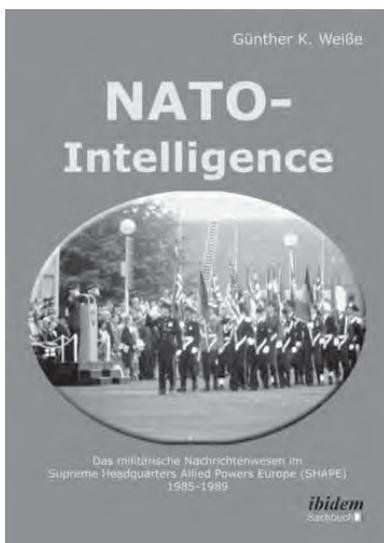
Sehr gefährlich war auch Joachim Preuß, Leiter der Druckerei des Luftwaffenamtes, der 180 000 DM für seine 23 Verrats-Jahre erhielt. Er war nie kontrolliert worden, galt als „absolut zuverlässig“. Er lieferte der HVA alle Alarm-Unterlagen der Bundeswehr und „versetzte so den Gegner in die Lage, die auf dem Funkwege ausgestrahlten Alarmbefehle (für die Anfangsphase einer Mobilmachung der NATO) und die damit ausgelösten Alarmmaßnahmen zeitgleich mitzulesen und in eigene Gegen-Aktionen umzusetzen“. Dann einsetzende elektronische Störungen des Sowjetblocks hätten die Führungsfähigkeit der NATO „nachhaltig beeinträchtigt“, wie der Leser erfährt.

Das Buch ist voll von Verratsfällen für die SED-Diktatur und deren Funkaufklärung: Bei der NATO-Großübung „Confident Enterprise 1982“ lagen der General Defense Plan des V. US-Corps und viele Unterlagen „höchster Geheimhaltungsgrade“ sehr schnell Erich Mielke vor. Ebenso waren die NATO-Übungen WINTEX CIMEX 1981 und 1989 absolut kein Geheimnis für die Gegenseite, die sogar die nukleare Zielplanung der US-Streitkräfte für Europa kannte!

In den 80er Jahren gaben DDR-Spione ihre Nachrichten mit Hilfe von Satellitenfunk durch, wurden also kaum entdeckt. In der Bundesrepublik wurde daraus auf ein Nachlassen der Spionage geschlossen, tatsächlich war sie verfeinert, intensiver geworden. Man unterschätzte völlig den technischen Fortschritt, speziell auf dem Funksektor. (Als der Rezensent im März 1989 in Bonn vor hohen Offizieren bat, nicht so offen zu telefonieren, wurde er ausgelacht – selbst der anwesende General hielt es für unmöglich, daß die DDR abhören könnte!) Die folgenden Zahlen läßt der Verfasser ohne Kommentierung, sie sprechen für sich: Für die zweite deutsche Diktatur in Form der DDR spionierten insgesamt 17 000 bis 23 000 Bundesbürger – freiwillig, ohne Zwang, aus Geldgier. Selbst Monate nach dem Fall der Berliner Mauer waren immer noch ca. 1000 Westdeutsche für die HVA fleißig. Später wurden Verfahren gegen 2978 Bundesdeutsche eingeleitet, eine Verurteilung erfolgte lediglich in ganzen 252 Fällen...

Im Buch findet sich ein Zitat des Bundesrichters Lampe, der sehr viele Spionage-Prozesse leitete: „Die Bundesrepublik hätte im Rahmen ihres Bündnisses – wegen der vielen Verratsfälle – eine außerordentlich stark reduzierte Chance gehabt, sich einem militärischen Angriff erfolgreich zu erwehren ... Die Bewertung überlasse ich jedem selbst ...“ Abschließend kommt der Verfasser über den gottlob nicht erfolgten Dritten Weltkrieg zu dem Resümee: „Staaten in Europa hätten nach all dem, was wir jetzt wissen, diesen Konflikt nicht überleben können.“ Ob man über all das einmal tiefer nachdenkt?

Friedrich-Wilhelm Schломann



.....  
Günther K. Weiße: NATO-Intelligence, ibidem Verlag, Stuttgart 2013, 387 S., 29,90 €  
.....

## Veranstaltungen

18.3. (Di), 18.00 Uhr:

**„Lernt polnisch“.** Solidarność, die DDR und die Stasi. Ausstellungseröffnung u.a. mit Dr. Tytus Jaskułowski, Hannah-Arendt-Institut Dresden, Roland Jahn, BStU, Wolfgang Temolin, Autor u. Zeitzeuge, Józef Piniór, Senator u. Solidarność-Mitglied; Veranstaltung d. BStU u.a.; Ort: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

18.3. (Di), 19.00 Uhr:

**Die strafrechtliche Aufarbeitung der Mißhandlung von Gefangenen in den Haftanstalten der DDR.** Jurist Dr. Micha Christopher Pfarr stellt seine Untersuchungsergebnisse vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

20.3. (Do), 19.00 Uhr:

**„Nikolaikirche“.** Aufkeimender Widerstand gegen den Staat. Film und Gespräch; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Neubrandenburg u.a.; Ort: Kino Latücht, Große Krauthöfer Straße 16, 17033 Neubrandenburg

23.3. (So), 11.00–17.00 Uhr:

Besichtigung der Zellenräume, Dauerausstellung Videopräsentationen u. Musterakten; 15.00 Uhr: **Hinter Stacheldraht geboren.** Mütter und Kinder in DDR-Haft. Ausstellungseröffnung mit Alexander Latotzky, Bautzen-Komitee; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/Oder u.a.; Ort: Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“, Collegienstr. 10, 15230 Frankfurt

25.3. (Di), 16.00 Uhr:

Archivführung; 17.00 Uhr: Lesung **„Die Städtepartnerschaft Suhl-Würzburg und die Stasi“**; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl; Ort: Außenstelle Suhl, Weidbergstr. 34, 98527 Suhl

26.3. (Mi), 11.30 Uhr:

**Die Stasi im Schweriner Umland,** Vortrag u. Gespräch; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Gymnasium „Am Sonnenberg“, Am Sonnenberg 1, 19089 Crivitz

26.3. (Mi), 19.00 Uhr:

**Die Suche nach Wegen aus dem Kalten Krieg – Friedensbewegung und neue Gruppen in der DDR,** Vortrag v. Dr. Bernd Florath, Historiker, Podium mit Dr. Bernd Florath, Ralf Hirsch, damals Initiative Frieden und Menschenrechte, Markus Meckel, damals Pfarrer in der Friedensarbeit, Johanna Kalex, damals Gruppe Wolfspelz; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a. in der Reihe „Vor 25 Jahren – Friedliche Revolution und Ende des Kalten Krieges“; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

## Cottbus – das „Ausreisergefängnis“

Der Zug der gründlichen Aufarbeitung zur Geschichte des Zuchthauses Cottbus kam zwar spät, aber dafür auch äußerst langsam in Fahrt, obwohl es vor allem seit den 70er Jahren auf dieser Strecke schon einige Stationen gab, an denen Historiker hätten ein- und aussteigen können. Zu keinem Gefängnis der SBZ/DDR gab und gibt es so viele Bücher von einstigen Insassen wie zum „Zuchthaus Cottbus“, wie diese wichtige Lebensstation durchgängig von ihren unfreiwilligen Bewohnern genannt wurde. Sogar bis in eine ZDF-Spielfilmserie von 1979 unter dem Titel „Freiheit, die ich meine“ brachte es diese Strafanstalt. Später sogar in den Kinofilm „Wir wollten aufs Meer“.

Dr. Steffen Alisch, beim Forschungsvorhaben SED-Staat der FU angestellt, hat mit einer mächtigen Finanzspritze der damaligen Ministerin für Kultur und Wissenschaft des Landes Brandenburg endlich ein 230-Seiten-Buch in einem internationalen Wissenschaftsverlag herausgebracht. Es ergänzt nun die schon vor fünf Jahren erst gemeinsam begonnenen, später strikt getrennt gewonnenen Forschungsergebnisse des Journalisten und Historikers Dr. Tomas Kittan und seines kleinen Teams. Sein Sonderheft „Das Zuchthaus Cottbus“ erschien in ergänzter Fassung nun schon in der 3. Auflage. Es wäre zu aufwendig, beide Publikationen miteinander zu vergleichen oder gar noch den BStU-Forscher Tobias Wunschik mit einzubeziehen, aber aus der Häftlingsperspektive kann es nur gut sein, daß man sich mittlerweile dem Zuchthaus

Cottbus von verschiedenen Seiten her nähert, auch in kleineren Schritten, wie vor vielen Jahren schon Roland Brauckmann oder Alfred Ullmann. Freilich, die von dem damaligen DDR-Innenminister Peter-Michael Diestel, um es gelinde auszudrücken: nicht verhinderte Aktenvernichtungsorgie erschwert die Spurensicherung, die zur Objektivierung der vielen subjektiven Häftlingsberichte in über 120 Büchern nötig ist.

Trotz der mageren Aktenlage kommt auch Alisch zu dem Schluß, daß „das ‚Zuchthaus‘ Cottbus als ‚Ausreisergefängnis‘ eine spezielle Position im DDR-Strafvollzug“ einnahm und zweifellos zu den „wichtigsten Gefängnissen der SBZ/DDR“ zählte, obwohl es noch viel größere Gefängnisse gab. Aber: „Eine solche Konzentration dieser Häftlingsklientel hatte keine andere Haftanstalt aufzuweisen.“ Nicht zufällig genoß das Personal mit brutalen Typen wie „Roter Terror“, „Arafat“ oder „Urian“ einen besonders schlechten Ruf. Andererseits wurde, so Alisch, „das Klima unter den Gefangenen von nicht wenigen Häftlingen, die auch Brandenburg oder Bautzen erlebt und erlitten hatten, als meist ‚angenehmer‘ beschrieben – man hatte häufig mit Gleichgesinnten zu tun und mußte sich seltener mit Schwermissträgen arrangieren“.

Der erste Eindruck: ein handliches Buch, daß durch die Vielzahl von Quellenangaben eine solide Arbeit erwarten läßt und in dem vermutlich viel Fleiß steckt. Doch einen Zahn muß man dem stolzen Histo-



Foto: Tomas Kittan

Bei der Eröffnung der Dauerausstellung „Karierte Wolken – politische Haft im Zuchthaus Cottbus 1933–1989“ des Menschenrechtszentrums Cottbus am 10. Dezember 2013.

riker schon ziehen: Er war keinesfalls der erste, der die spärlich vorhandenen Akten studiert und ausgewertet hat. Auch das Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. betreibt seit 2011 eigene Forschungsarbeit und hat mittlerweile die Ausstellung "Karierte Wolken – politische Haft im Zuchthaus Cottbus 1933-1989" eröffnet. Das wird in dem Buch freilich ignoriert. Außerdem entdeckt der Insider dann auch jede Menge Schludereien, so bei Namen (Greifendorf, Defort, Rothenbächer), die auf einer Seite richtig, an anderer Stelle oder durchgehend falsch geschrieben wurden. Auch Ungereimtheiten durch falsche Zahlen nerven. Mein Gedächtnis häuft zusammengebrochene Horizonte an. Unser Vereinsvorsitzender Dieter Dombrowski kann unmöglich nur drei, vier Monate in Cottbus zugebracht haben, sondern wurde bereits im August 1974 verurteilt und kam im September selben Jahres in den Strafvollzug, den er erst ein reichliches Jahr darauf verlassen durfte. Wie kann er also im September 1975 nach Cottbus gebracht worden sein, aber im Januar 1975 einen Kassiber

.....  
 Steffen Alisch: *Strafvollzug im SED-Staat. Das Beispiel Cottbus, Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin, Bd. 20, Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 2014, 229 S., 27,95 €*  
 .....

aus diesem Gefängnis geschmuggelt haben? Noch eine Kleinigkeit: Von meiner Knastzeitung „Armes Deutschland“ gab es leider nur 13 und nicht 15 Exemplare.

Und Arrest war in den 70er Jahren keinesfalls mit Absonderung im sogenannten „Tigerkäfig“ gleichzusetzen. Offiziell wurde dies „Einzelunterbringung“ genannt und betraf Häftlinge, die andere beim Erziehungsprozeß negativ beeinträchtigten, Hungerstreiks angezettelt, Kassiber geschmuggelt oder Fluchtversuche angestrebt hatten. Der Hungerarrest im Keller des Nebenflügels von Haus 1 besaß keine Gitterwand hinter der Tür, konnte also kein "Tigerkäfig" sein. Arrest bei 200 g Brot und aller drei Tage einer Suppe durfte eigentlich nur bis zu maximal 21 Tagen ausgesprochen werden, hingegen die Absonderung viele Monate anhalten konnte, freilich bei Nichtarbeiterverpflegung, Heizung und Minimalrechten wie Leseerlaubnis und Freigang in einer Betonbuchte.

Doch das Ärgerlichste ist, mal abgesehen von typisch sächsischen Grammatikfehlern (wie „wurden“ und „worden“ zu verwechseln), daß es keine Lageskizze des Gefängnisareals gibt, aber vorausgesetzt wird, daß der Leser weiß, was mit Haus 7 oder anderen völlig unbekanntem Nume-

rierungen gemeint sein soll. Kein befragter Häftling kennt das Haus 7, demzufolge auch ich nicht. Ein anderes Manko: Wo sind ab der Ernennung von Oberstleutnant Hagge 1957 in der Chronik die sechs nachfolgenden Leiter der Haftanstalt geblieben?

Mögen auch die Nestoren der DDR-Strafvollzugsforschung Gerhard Finn und Karl-Wilhelm-Fricke allgemein große Verdienste haben, wie Alisch es würdigt, aber zum Thema Cottbus haben sie wenig bis nichts geleistet. Sie haben viel zu sehr Bautzen hervorgehoben, aber damit unbewußt mitgeholfen, Cottbus, den wichtigsten politischen Haftort der DDR, im Abseits zu halten. Da wäre es doch besser gewesen, bei ihnen herauszustellen, daß sie Betroffene waren und so flüssig wie sachlich schreiben konnten, was vielen Historikern heute völlig abzugehen scheint. Sie trauen mehr den übrig gebliebenen, also harmlosen Papieren der Offiziellen, als den Beschreibungen der Häftlinge, was auch in dieser Studie manchmal durchscheint. Die überlangen Zitate aus Akten langweilen oft, zumal sie in ihrer Bedeutung überschätzt, die Aussagen der Häftlinge damit unterschätzt werden.

Aber vielleicht wäre es auch ein anderes Forschungsthema, mal die vielen Berichte der Betroffenen auszuwerten und sie der Sprache der machthabenden Peiniger gegenüberzustellen? Ansatzweise gelingt es gut, so an dem Beispiel des uns alle mit maßlosen Übertreibungen blamierenden Kalle Winkler, der zu allem Unglück später auch noch als IM entlarvt wurde. Ebenso gut das Beispiel des Medizinprofessors, der mit seiner Frau zum sogenannten „Sprecher“ seinen Sohn 1978 in Cottbus besuchte und dieser verzweifelt schrie: „Ich halte das nicht mehr aus! Ich halte das nicht mehr aus! Man behandelt uns hier wie Tiere!“ Das erzeugt Spannung, weckt Empathie und läßt die kalte Sprache der Macht sich selber kompromittieren.

Ansonsten sind die politischen Bewertungen meistens im Sinne der Betroffenen. Gut recherchiert und aufschlußreich ist meines Erachtens das Kapitel zur Haftarbeit. Da wird endlich einmal mit dem Mythos aufgeräumt, die Zwangsarbeit hätte der DDR Millionenwerte an Westmark eingebracht. In Wirklichkeit war die Arbeit an primitiven Maschinen unter haarsträubenden Bedingungen keinesfalls rentabel. Aber was war im real existierenden Sozialismus überhaupt rentabel? Von Menschlichkeit ganz zu schweigen.

Siegmar Faust

## Veranstaltungen

27.3. (Do), 19.00 Uhr:

„**Knastware für den Klassenfeind**“, Buchvorstellung und Vortrag v. Dr. Tobias Wunschik, BStU; Veranstaltung d. DIZ Torgau u.a.; Ort: DIZ Torgau, Schloß Hartenfels, Schloßstr. 27, 04860 Torgau

27.3. (Do), 19.00 Uhr:

**Kunst und Politik im Schatten der Mauer**, Podiumsdiskussion mit Dr. Eckhart Gillen, Kunsthistoriker, Hannes Schwenger, Publizist, Roger David Servais, Bildender Künstler, Werner Tammen, Galerist; Veranstaltung der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde; Ort: Erinnerungsstätte, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

31.3. (Mo), 19.00 Uhr:

Kontrolle und Überwachung. **Das Simson-Werk in den Stasi-Akten**. Vortrag u. Gespräch mit Dr. Ulrike Schulz, Historikerin; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl; Ort: Simson Gewerbepark, Unterer Eingang, ehemalige Berufsschule, Meininger Str. 222, 98529 Suhl

1.4. (Di), 19.00 Uhr:

„**Als der Krieg am kältesten war**“, Autor und Cottbus-Häftling Raimund August stellt seinen autobiographischen Roman vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

3.4. (Do), 19.00 Uhr:

**Der Alltag einer Diktatur**. Gegen das Vergessen mit Ingo Barz. Veranstaltung d. BStU Außenstelle Neubrandenburg u.a.; Ort: Evangelisch-Lutherische Kirchgemeinde St. Michael, Straußstr. 8–10a, 17034 Neubrandenburg

5.4. (Sa), 10.00 Uhr:

**Unterwegs im Stasi-Revier**. Führung über das Gelände des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg, Dauer ca. 60–90 Minuten; Veranstaltung d. BStU, Abteilung Archivbestände; Ort: Ruschestr. 103, Treffpunkt vor dem Eingang Haus 7; Anmeldung unter: Tel. (030) 23 24-66 99, Fax (030) 23 24-66 19, E-Mail archivfuehrungen@bstu.bund.de

7.4. (Mo) – 9.4. (Mi): „**Alltag in der DDR – Realität gegen Ostalgie**“, Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungszentrum Schloß Wendgräben; Tagungsbeitrag pro Person 130,- Euro im Einzelzimmer, 110,- Euro im Doppelzimmer; nähere Informationen und Anmeldung im Tagungsbüro, Anja Gutsche, KAS Bildungszentrum Schloß Wendgräben, Wendgräbener Chaussee 1, 39279 Wendgräben, Tel. (03 92 45) 952 354, E-Mail anja.gutsche@kas.de



8.4. (Di), 18.00 Uhr:

**Zwischen Aufarbeitung und Nostalgie.** Die DDR in der Erinnerungskultur. In der Reihe „Erinnerungsort DDR – Alltag, Herrschaft, Gesellschaft“; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

8.4. (Di), 19.30 Uhr:

**Eigentor!** Der F.C. Hansa Rostock und die Stasi; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Volkshochschule Rostock, Am Kabutzenhof 20a, 18057 Rostock

10.4. (Do), 20.15 Uhr:

**Sehende Augen und taube Ohren?** Stasi und Partei im Bezirk; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Chemnitz u.a.; Ort: Thalia-Buchhandlung, Galerie Roter Turm, Neumarkt 2, 09111 Chemnitz

14.4. (Mo) – 16.4. (Mi):

**„Armee einer Diktatur – Die NVA in der DDR“**, Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungszentrum Schloß Wendgräben; Tagungsbeitrag pro Person 130,- Euro im Einzelzimmer, 110,- Euro im Doppelzimmer; nähere Informationen und Anmeldung im Tagungsbüro, Anja Gutsche, KAS Bildungszentrum Schloß Wendgräben, Wendgräbener Chaussee 1, 39279 Wendgräben, Tel. (03 92 45) 952 354, E-Mail anja.gutsche@kas.de

15.4. (Di), 19.00 Uhr:

**„Und der Westen schwieg – Die SBZ/DDR 1945–1975“**, Buchpremiere mit Autor Jochen Stern, Schauspieler, Jurist und Bautzen-Häftling; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

23.4. (Mi), 19.00 Uhr:

**Die politische Vorstellungswelt der DDR-Opposition** – Mehr Sozialismus, Neutralismus, himmlische Gerechtigkeit... Vortrag v. Dr. Klaus Bästlein, Historiker, Podium mit Dr. Klaus Bästlein, Dr. Ehrhart Neubert, damals Demokratischer Aufbruch, Ulrike Poppe, damals Demokratie Jetzt, Wolfgang Rüdtenklau, damals Umweltbibliothek, Reinhard Weißhuhn, damals Initiative Frieden und Menschenrechte; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a. in der Reihe „Vor 25 Jahren – Friedliche Revolution und Ende des Kalten Krieges“; Ort: Rathaus Mitte, Robert-Havemann-Saal, Karl-Marx-Allee 31, Berlin-Mitte

## Im Todeslager der Roten Khmer

(VT) Unter den Roten Khmer kam zwischen 1975 und 1979 ein Viertel der kambodschanischen Bevölkerung ums Leben. Vann Nath war im Todeslager Tuol Sleng S-21 in Phnom Penh inhaftiert. Er überlebte, indem er auf Befehl Portraits von „Bruder Nr. 1“ Pol Pot malte. Nach seiner Befreiung – er war einer der wenigen Überlebenden – malte er die Schrecken der Haft.



.....  
*Vann Nath: „Ich malte um mein Leben“.*  
*Im Todeslager der Roten Khmer in Kambodscha, Verlag Brandes & Apsel 2013,*  
*160 S., 17,90 €*  
 .....

Seine Leidensgeschichte dokumentierte er auf Khmer. Seit letztem Jahr liegt sie auch auf Deutsch vor, angereichert durch einen umfangreichen Farbteil mit Reproduktionen von Gemälden des Künstlers und Bildern aus seinem Leben. Vann Nath, geboren 1946, starb 2011 an den Folgen einer schweren Nierenerkrankung. Posthum war er 2012 Teilnehmer der Documenta in Kassel.

## Petition

(st) Wer die Initiative zur Aberkennung der akademischen Titel der Juristischen Hochschule Potsdam des MfS (siehe Ausg. 9/13, S. 8) unterstützen möchte, kann eine Petition richten an den:

Landtag Brandenburg  
 Petitionsausschuß  
 Postfach 60 10 64  
 14410 Potsdam

## Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im März und April Geburtstag haben

Doris Schebsdat, Heinz Wulff am 1. März, Rudolf Hannebauer, Erich Kirsch, Helma v. Nerée am 2. März, Werner Röseberg am 4. März, Manfred Smala am 5. März, Alfred Ganzer am 8. März, Erwin Wüst am 12. März, Wolfgang Schirner am 13. März, Brigitte Durineck, Joachim Winkler am 15. März, Reinhard Dobrinski, Gert Hoppe am 18. März, Manfred Malmström, Edith Schulz am 21. März, Wolfgang Schuranski, Peter Stimming am 23. März, Karl-Dietrich Rösch am 25. März, Gisela Grothe am 26. März, Joachim Nitsch, Gerd Sommerlatte am 27. März, Richard Schulze am 28. März, Hannelore Döring am 29. März, Kurt Neumann am 2. April, Margot Franke am 3. April, Manfred Isikli am 4. April, Werner Weiße am 5. April, Horst Kerkow am 7. April, Hans-Jürgen Rief, Manfred Schulze, Holger Streicher am 9. April, Gerhard Gleich am 10. April, Klaus-Jürgen Finke am 11. April, Horst Lüttich am 12. April, Hans Keiling am 13. April, Werner Rösler, Rudi Rössel, Karl Zschörnig am 22. >>>

### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 53  
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 52  
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),  
 Mo-Fr, 14-16 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 54  
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle für ehemalige DDR-Heim- und Jugendwerkhofkinder in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Anlauf- und Beratungsstelle („Fonds Heimerziehung“)  
 Tel. (030) 57 79 87 39  
 Telefonische Sprechzeit: Di 10-12 Uhr  
 E-Mail Beratung-DDR-Heimkinder@uokg.de

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1  
 10365 Berlin  
 Tel. (030) 55 49 63 34  
 Fax (030) 55 49 63 35  
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin  
 Di 9–18 Uhr, Mi u. Do 10–16 Uhr

Heidi Kulik  
 Di u. Do 8–15 Uhr, Mi 9–17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

April, Silvia Stimming am 23. April, Joachim Lauterbach am 24. April, Dieter Genoske am 25. April, Willy Bleschke, Bernd Jugendheimer, Peter Kiethe am 27. April, Helmut Zock am 28. April

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

### **Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben**

Klothilde Baier, Joachim Bauer, Uwe Behne, Klaus Buchin, Rudolf Butters, Eberhard Büttner, Dr. Manuela Eickenroth, Heike Fegeler, Manfred Findeisen, Peter Frenz, Gottfried Fröhlich, Gerhard Gärtner, Dr. Bettina Greiner, Kurt Große, Uwe Helmbrecht, Manfred Hofmann, Eva Irmsch, Roland Jacobi, Werner Keller, Claus Klappert, Steven Knudsen, Frank Kühnast, Helga Kupte, Rainer v. Lamatsch-Kämpfer, Horst Lange, Horst Lehmann, Johannes Lindner, Ilse Marie Lorenz, Harry Mergner, Peter E. Müller, Karin Müller-Wrede, Horst Mundlos, Stefan Obst, Horst Opitz, Volker Pilz, Georg Pötschke, Eike Christine Rade-wahn, Gerda v. Reitzenstein, Lisbeth Rentsch, Jürgen Ritthaler, Hans Rocke, Wolfgang Rullik, Ingrid Schmidt, Marianne Schmidt, Axel Schonder, Dietrich Schulz, Dr. Wilhelm Schulz, Sigrig Schulz, Christine Stauch, Herbert Stephan, Joachim Stern, Hans-Joachim Stöhr, Horst Süßmilch, Martin Taatz, Franz Töpfer, Margarete Weise, Jürgen Wenzel, Peter Wiesenbauer, Tobias Woitschütze, Eckard Wolfermann, Gudrun Zimmermann

Stacheldraht-Konto:  
BSV Förderverein  
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48  
Berliner Bank AG  
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01  
BIC: DEUT DE DB110  
Verwendungszweck: „Stacheldraht-Spende“

### **Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg**

Vorsitzender: Viktor Gorynia  
Sprechzeiten: Mi 9–17 Uhr  
**BSV-Förderverein für Beratungen**  
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Telefon (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein  
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48  
Nr. 665 52 45 00  
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00  
BIC DEUT DE DB110

### **Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)**

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner  
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup  
Sprechzeiten: Mo–Fr 16–18 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19  
Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24  
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt  
\*13017#000#0412\*

## **Impressum DER STACHELDRAHT**

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de  
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

**BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG**  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Herstellung:** Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com  
Verkaufspreis 1,- Euro  
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.  
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 24. Februar 2014

